

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 120

OKTOBER/NOVEMBER 1995

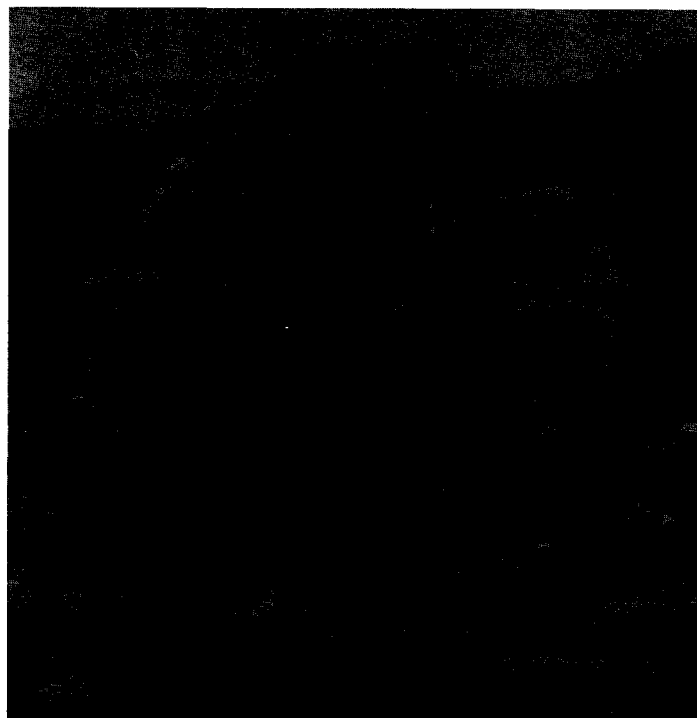
DM 1,-

P.O. BOX 4981
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10003
212 - 267-1025

Nieder mit Angriffen von Bundeswehr/NATO/UNO auf bosnische Serben!

Über zwei Wochen lang warfen NATO-Kampfflieger einschließlich deutscher Tornados in einer Angriffswelle nach der anderen Tonnen von Bomben auf die Bevölkerung der bosnischen Serben ab. Cruise Missiles vom Typ Tomahawk wurden von einem US-Kriegsschiff in der Adria abgefeuert, um die Zerstörungskampagne zu unterstützen. Genau 56 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg auslöste, greift der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs jetzt mit Tornados wieder militärisch auf dem Balkan ein, um im Rahmen seines Drangs nach Osten seine neokoloniale Herrschaft in Kroatien abzusichern. Dieser Bombenterror ist die größte Operation in der Geschichte der NATO und der massivste Einsatz von imperialistischer Feuerkraft seit der Verwüstung des Irak während des Golfkriegs 1991. Bis zum 14. September, als die bosnischen Serben dem imperialistischen Diktat nachgaben und die NATO eine Feuerpause verkündete, beklagten sich NATO-Kommandeure darüber, daß sie keine „militärischen“ Ziele mehr hätten, und sprachen öffentlich davon, Fabriken und andere Zentren der Zivilbevölkerung zu bombardieren.

Das erklärte Ziel der NATO/Bundeswehr-Bombardierungen war es, die Serben dazu zu zwingen, ihre Belagerung von Sarajevo, der Hauptstadt des Regimes der bosnischen Muslime, aufzuheben. Aber wie das einseitige Abschlichten am Persischen Golf vor vier Jahren soll der Bombenter-



Imperialistischer Bombenterror auf dem Balkan. Marxisten rufen zur militärischen Verteidigung der bosnischen Serben gegen NATO/UNO/Bundeswehr auf

AP

ror gegen die bosnischen Serben erneut die US-Herrscher in ihrer Rolle als „Weltgendarm“ bestätigen und denjenigen eine blutige Botschaft schicken, die es wagen, sich Washingtons Diktat zu widersetzen. *Die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der ganzen Welt müssen die bosnischen Serben gegen die NATO-Imperialisten und deren Klienten des muslimisch-kroatischen Bündnisses verteidigen!*

Westliche Führer behaupten jetzt, daß die Bombardierungen es geschafft hätten, Serbiens starken Mann Slobodan Milošević und die Führung der bosnischen Serben dazu zu zwingen, einen „Friedens“plan zu akzeptieren, der auf eine Aufteilung Bosniens hinausläuft: 49 Prozent für die Serben und 51 Prozent für eine fiktive Föderation von bosnischen Muslimen und Kroaten, die einem Großkroatien untergeordnet wäre. Aber wie sehr die Begründung für die mörderischen Bombenangriffe an den Haaren herbeigezogen war, wurde durch die Tatsache unterstrichen, daß Milošević – beim verzweifelten Versuch, die imperialistische Hungerblockade gegen Serbien zu beenden – und die bosnischen Serben in Clintons „Friedens“vorschlag eingewilligt hatten, bevor die NATO ihre Attacken startete. Und Washington hat sorgfältig die wirklichen Bedingungen des letzten Abkommens über den Abzug der serbischen Kanonen aus der Umgebung von Sarajevo vertuscht.

Fortgesetzt auf Seite 23

Nein zum imperialistischen Diktat auf dem Balkan!

Friedrich Engels, Pionier des modernen Kommunismus



TROTZKI

Der 5. August war der hundertste Jahrestag des Todes von Friedrich Engels, der gemeinsam mit seinem engen Freund Karl Marx die Grundlagen für den wissenschaftlichen Sozialismus legte. Ihre 1848 erschienene Broschüre *Kommunistisches Manifest* wies auf die Arbeiterklasse als die Kraft hin, die die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen und eine klassenlose Gesellschaft einläuten kann. Sie kämpften dafür, eine internationale Partei der Arbeiterklasse zu organisieren, zuerst in dem Bund der Kommunisten (1847) und dann die Erste Internationale (1864). Mit seinem 1884 veröffentlichten Buch *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* leistete Engels einen deutlichen Beitrag zum Kampf für die Frauenemanzipation: Er enthüllte die Familie und die Klassengesellschaft als die Wurzeln der Frauenunterdrückung. Viele Reformisten berufen sich zwar auf Engels, weisen aber die Konzepte von der Diktatur des Proletariats und der materialistischen Dialektik zurück, die er verteidigt und

entwickelt hat. In ehrendem Gedenken an diesen Gründer der kommunistischen Bewegung drucken wir einen Auszug aus einem Nachruf ab, den der russische Revolutionär W.I. Lenin 1895 schrieb.

Am 5. August neuen Stils (24. Juli) 1895 verschied in London Friedrich Engels. Engels war nach seinem Freunde Karl Marx (der 1883 starb) der bedeutendste Gelehrte und Lehrer des modernen Proletariats in der ganzen zivilisierten Welt. Seitdem das Schicksal Karl Marx und Friedrich Engels zusammengeführt hatte, wurde die Lebensarbeit der beiden Freunde zu ihrer gemeinsamen Sache. Um zu verstehen, was Friedrich Engels für das Proletariat geleistet hat, muß man sich daher über die Bedeutung der Lehre und des Wirkens von Marx für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung völlig im klaren sein. Marx und Engels wiesen als erste nach, daß die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen ein notwendiges Produkt der modernen Wirtschaftsordnung ist, die mit der Bourgeoisie zwangsläufig auch das Proletariat erzeugt und organisiert; sie zeigten, daß nicht wohlgemeinte Versuche einzelner hochsinniger Persönlichkeiten, sondern der Klassenkampf des organisierten Proletariats die Menschheit von den Drangsalen erlösen wird, die sie heute bedrücken. Marx und Engels setzten in ihren wissenschaftlichen Arbeiten als erste auseinander, daß der Sozialismus kein Hirngespinnst von Träumern ist, sondern Endziel und notwendiges Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte in der modernen Gesellschaft. Alle bisherige schriftlich überlieferte Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen, die Aufeinanderfolge von Herrschaft und Sieg der einen Gesell-



LENIN

schaftsklassen über die anderen. Und das wird so lange weitergehen, bis die Grundlagen des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft verschwinden: das Privateigentum und die unregelmäßige gesellschaftliche Produktion. Die Interessen des Proletariats fordern die Vernichtung dieser Grundlagen, und daher muß der bewußte Klassenkampf der organisierten Arbeiter gegen sie gerichtet werden. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf...

Sie betrachteten die Welt und die Menschheit vom materialistischen Standpunkt aus und erkannten, daß ebenso wie allen Naturerscheinungen materielle Ursachen zugrunde liegen, auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft durch die Entwicklung materieller Kräfte, der Produktivkräfte, bedingt ist. Von der Entwicklung der Produktivkräfte hängen die Verhältnisse ab, die die Menschen bei der Erzeugung der zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse notwendigen Güter eingehen. In diesen Verhältnissen aber liegt die Erklärung für alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der menschlichen Bestrebungen, Ideen und Gesetze... Die Sozialisten müssen nur verstehen, welche gesellschaftliche Kraft infolge ihrer Stellung in der modernen Gesellschaft an der Verwirklichung des Sozialismus interessiert ist, und dieser Kraft ihre Interessen und ihre historische Mission zum Bewußtsein bringen. Diese Kraft ist das Proletariat.

W.I. Lenin, „Friedrich Engels“ (Herbst 1895)

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Alexis Hecht, Barbara Köhler,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 120

Oktober/November 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Chiracs rassistischer Terror in Tahiti und Frankreich

Nach einer Serie von sechs Bombenanschlägen in sechs Wochen mobilisierte die französische Regierung am 8. September die Armee, um den Arc de Triomphe und weitere Plätze in Paris und anderen Städten zu besetzen. Die anonymen Bombenanschläge begannen Ende Juli, zuletzt explodierte am 7. September eine Autobombe vor einer jüdischen Schule bei Lyon und verletzte 14 Personen. Jetzt führen Überfallkommandos der Polizei massive Razzien in den Immigrantenvierteln durch und verhaften willkürlich zahllose angebliche islamische Fundamentalisten. Das Ziel dieser rassistischen Kampagne ist, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern.

Währenddessen ließ Präsident Jacques Chirac Anfang des Monats den ersten einer Reihe von Atomtests im Mururoa-Atoll im Pazifik durchführen. Dies gab den Anstoß zu einer vereinten Demonstration von Atomgegnern und Unabhängigkeitskräften in Papeete, Tahiti, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens. In Australien finden seit Monaten massive Demonstrationen gegen die Tests statt, wobei rabiater antifranzösischer Chauvinismus dominiert. Auch in Deutschland gibt es Proteste, hauptsächlich von Schülern, sowie Boykottaufrufe gegen französische Waren, wobei Grüne und PDS an Kohl appellieren, Härte gegen Frankreich zu zeigen. Revolutionäre Marxisten sind gegen den antifranzösischen Chauvinismus dieser Boykotte.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Flugblatts ab, das die Ligue trotskyste de France (LTF), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, am 11. September bei einer Demonstration gegen die französischen Atomtests verteilte. Schändlicherweise weigerte sich die Kommunistische Partei (PCF), die die Demonstration organisiert hatte, irgendwelche Losungen gegen die rassistische Kampagne gegen Immigranten in Frankreich aufzustellen. Die LTF initiierte am 15. September eine Einheitsfrontkundgebung, um gegen Chiracs rassistischen Belagerungszustand und koloniale Unterdrückung zu protestieren.

Der erste Akt der Chirac-Regierung nach der Sommerpause war es, das wahre Gesicht der französischen Bourgeoisie zu zeigen: rassistischen und imperialistischen Staatsterrorismus. Zuerst beteiligten sie sich an der blutigen UNO/NATO-Aggression gegen die bosnischen Serben; kurz danach schlugen sie mit brutaler kolonialistischer Unterdrückung gegen den Aufstand in Tahiti los; gleichzeitig stellten sie die „Metropole“ Frankreichs unter einen rassistischen Belagerungszustand, es wimmelt dort nicht nur von Bullen, sondern auch von Armee-Einheiten.

Es ist die Pflicht der Arbeiterbewegung, gegen den rassistischen Terror, der gegen Immigranten in Frankreich und gegen
Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 1995 16. Oktober bis 12. November

| | |
|----------------------|------------|
| Berlin | 95 |
| Halle | 40 |
| Hamburg | 45 |
| Auf Entfernung | 10 |
| Gesamt | 190 |

Gratis: zu jedem Jahresabo eine zuvor erschienene Ausgabe des *Spartacist*. Dazu ein Abogeschenk eurer Wahl:

- Spartakist*-Paket mit Artikeln zum Balkankrieg
- Women and Revolution*, englischsprachige Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.
- Spartakist*-Paket zur Türkei, Kurdistan und permanenten Revolution

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060



Reuters

Chiracs Bullen knüppeln Aufständische in Tahiti nieder

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 3

das Volk Polynesiens wütet, unverzüglich ihre ganze soziale Macht in massiven, kämpferischen Aktionen (wie Streiks und Demonstrationen) zu mobilisieren!

Tahiti: Sofortige Freilassung der gefangenen Gewerkschafter und Demonstranten! Sofortige Unabhängigkeit für die französischen Kolonien!

Von de Gaulle bis Mitterrand zielte die Force de frappe (das französische Atomarsenal) auf die Großstädte der UdSSR. Die Sozialchauvinisten der Sozialistischen Partei und der KPF unterstützten dieses Terror-Arsenal. Wir Trotzlisten dagegen, die wir den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gegen den Imperialismus verteidigten (wobei wir zur proletarischen politischen Revolution aufriefen, um die stalinistische Bürokratie wegzufegen), stellten uns von Anfang an gegen die Force de frappe. Heute, wo die konterrevolutionäre Zerstörung der UdSSR eine Pandorabüchse interimperialistischer Rivalitäten geöffnet hat, entscheidet Chirac, die Atomtests wiederaufzunehmen, und fuchelt mit seinem Todesarsenal herum als Drohung gegen alle potentiellen Rivalen des französischen Imperialismus, die dessen „Lebensinteressen“ bedrohen könnten, aber auch gegen alle neokolonialen Völker, die das imperialistische Joch nicht akzeptieren wollen.

Diese arrogante Entscheidung hat einen Aufschrei in der ganzen Welt hervorgerufen, insbesondere in den französischen Kolonien im Pazifik. Die Mobilisierungen, die in Polynesien seit Juni stattfinden, haben sich in einen echten Aufstand gegen die koloniale „Ordnung“ verwandelt, die schwer auf diesen Inseln lastet. So stellten sich die Demonstrationen vom 6. und 7. September gegen eine Horde von Polizisten. Chirac gedenkt auf seine Art des 50. Jahrestags des imperialistischen Massakers von Sétif in Algerien, indem er seine Bluthunde wieder gegen ein kolonialistisch unterdrücktes Volk hetzt. Die koloniale „Justiz“ schlug sofort zu: Etwa ein Dutzend Demonstranten wurden zu mehreren Monaten Haft verurteilt, und gerade heute sind etwa 20 kämpferische Gewerkschafter, Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung, verhaftet worden. *Die Arbeiterbewegung muß ihre sofortige Freilassung und das Fallenlassen aller Anklagen fordern!* Der französische Imperialismus hat auch Akte der Piraterie gegenüber Schiffen von Greenpeace

begangen. *Chirac, Hände weg von den Greenpeace-Aktivisten! Wir Trotzlisten sagen: Nieder mit der französischen Force de frappe! Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die bürgerliche Armee! Nieder mit den Angriffen von Frankreich, UNO und NATO gegen die bosnischen Serben! Nieder mit dem rassistischen, kolonialistischen Terror des französischen Imperialismus! Französischer Imperialismus, raus aus dem Pazifik! Unabhängigkeit für Polynesien und alle französischen Kolonien der Übersee-Bezirke und -Gebiete! Eloi Machoro [ermordeter neukaledonischer Unabhängigkeitskämpfer], Rainbow-Warrior, Ouvéa [Massaker in Neukaledonien] – die Arbeiterklasse wird die Verbrechen des französischen Imperialismus rächen!*

Nieder mit „Operation Vigipirate“! Nieder mit dem rassistischen Belagerungszustand!

Die Chirac-Regierung benutzt die verbrecherischen Bombenattentate, die Paris und Villeurbanne mit Blut befleckt haben, um eine riesige rassistische Operation zu entfesseln, die beispiellos ist seit dem schmutzigen Krieg in Algerien: rassistische Straßenkontrollen, Razzien, Abschiebungen, „Illegale“ werden per Charterflug abtransportiert. Die Regierung nennt diese Operation „Vigipirate“ (wie im blutigen imperialistischen Golfkrieg 1990/91) und zeigt damit deutlich ihr Hauptziel: Terrorisierung der Immigranten.

Im Namen einer rassistischen, chauvinistischen „heiligen Allianz“, die „gegen Terrorismus“ mobil macht, will Chirac die Bevölkerung auf Willkür und Unterdrückung vorbereiten, die jeden treffen sollen, der die Maßnahmen der sozialen Reaktion bekämpft. Die Politik der Bourgeoisie gegen Immigranten ist die Speerspitze ihrer allgemeinen reaktionären Politik. Chirac peitscht die Hysterie gegen Immigranten und ihre Kinder hoch, um eine soziale „dritte Runde“ zu verhindern [eine Welle von Aufruhr nach den zwei Runden der Präsidentschaftswahlen im Juni], die die Streiks im Frühjahr schon ankündigten. Die Bourgeoisie will teilen und herrschen. *Die Arbeiterbewegung muß sich gegen rassistischen Terror und Ausgrenzung stellen und dies zum Zentrum ihres Kampfes machen.*

Stoppt die Charterflüge und Abschiebungen! Verteidigt das Recht auf Asyl! Bullen raus aus den Ghetto-Wohnbezirken! Zerschlagt die Faschisten, bevor sie uns zerschlagen! Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, die ihre Wurzel in den Betrieben haben! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Nein zur Klassenkollaboration! Für eine Arbeiterregierung!

Bis jetzt haben die gegenwärtigen Führer der Arbeiterbewegung keinen Finger krumm gemacht, um die Polynesier oder die Immigranten und deren Kinder zu verteidigen. Ganz im Gegenteil: Als treue Diener ihrer eigenen Bourgeoisie verteidigen sie die imperialistischen Interessen Frankreichs und sind Teil des rassistischen Konsenses. Die Führung der KPF hat sich sogar auf einen obszönen Flirt mit dem Neo-Gaullisten Chirac eingelassen. Das ist ihre Art, sich an die „guten alten Zeiten“ zu erinnern, als Minister der KPF in der Regierung de Gaulle saßen, die die Algerier in Sétif massakrierte. Der Kampf gegen den rassistischen und kolonialistischen Terror zeigt ganz direkt die Notwendigkeit, eine multiethnische und internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die der Tribun aller Unterdrückten ist.

Nur die Errichtung einer Arbeiterregierung, eines Bollwerks der sozialistischen Weltrevolution, wird die ganze kapitalistische Barbarei – von rassistischem und imperialistischem Terror bis zur Gefahr eines nuklearen Holocaust – beseitigen können. ■

**Spartakist-
Jugend**

Südafrika: Gewerkschaften machen Jamals Kampf zu ihrem!

Die Kampagne, um das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten, hat in ganz Südafrika großen Widerhall gefunden. Aktivisten aus der Arbeiterklasse, sowohl Schwarze als auch Farbige (seit dem 17. Jahrhundert die Nachkommen afrikanischer Ureinwohner, wie Khoi-Khoi und San, malayischer Sklaven und Buren), sehen in der politischen Verfolgung dieses bekannten Gegners der rassistischen Ungerechtigkeit in den USA eine Widerspiegelung ihrer eigenen Unterdrückung durch den Apartheid-Staat. Ende dieses Frühjahrs reisten Genossen der Spartacist League/U.S. und des Partisan Defense Committee durch Südafrika, um Unterstützung für Jamals Fall zu mobilisieren und um mit Organisationen der Linken und der Arbeiterbewegung politische Diskussionen zu führen über die Strategie, wie man gegen die fortwährende rassistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung durch das Neo-Apartheidregime von Mandela und De Klerk ankämpfen kann.

Wir drucken nachfolgend in gekürzter Fassung eine Rede ab, die Genosse Don Alexander nach seiner Rückkehr bei einer Veranstaltung der SL/U.S. am 8. Juli in Berkeley, Kalifornien, gehalten hat. In den darauffolgenden Wochen hat sich die Unterstützung durch südafrikanische Gewerkschaften und Bürgerrechtsorganisationen vervielfacht (siehe den Artikel „Südafrikanische Gewerkschaften schließen sich dem Kampf für Jamal an“ in Spartakist Nr. 119, Juli/August 1995). Erst vor kurzem hat Südafrikas Präsident Nelson Mandela einen Brief an den Gouverneur von Pennsylvania, Ridge, geschickt, in dem er ihn um die Umwandlung des Todesurteils bittet, das gegen Mumia Abu-Jamal verhängt wurde.

Augenzeugenbericht

Die Macht der Arbeiterklasse in Südafrika kommt für Mumia Abu-Jamal zum Tragen. Ein Genosse, mit dem ich in Südafrika zusammengearbeitet habe, sprach am 19. Juni vor 15 000 schwarzen Arbeitern auf einer Kundgebung in Johannesburg, wo es Sprechchöre gab, die die Verhinderung der Hinrichtung von Mumia und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe forderten. Dies ist eine wichtige Entwicklung. Wenn es zum Beispiel einen eintägigen politischen Streik zur Rettung von Mumia durch den Congress of South African Trade Unions (COSATU, Gewerkschaftsdachverband) gäbe, der 1,5 Millionen Arbeiter vertritt,



Demonstrationszug zur US-Botschaft in Pretoria am 26. Juli protestiert gegen die drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal AP

und wenn sich dem auch der andere schwarze Gewerkschaftsdachverband NACTU, der National Council of Trade Unions, anschließen würde, fände dies Widerhall in der ganzen Welt.

Die enorme Empfänglichkeit für den internationalen Kampf zur Rettung von Mumia zeigte sich machtvoll in Südafrika, wo ich mich Ende Mai und Anfang Juni zwei Wochen lang aufhielt. Die schwarzen Gewerkschaften, hauptsächlich COSATU und auch NACTU, schließen sich dem Kampf immer stärker an. Andere Genossen und ich haben mit einer ganzen Reihe von Aktivisten geredet, die verstehen, daß die barbarische Todesstrafe Ausdruck der rassistischen Unterjochung und des legal sanktionierten Mordens durch den Staat ist. Während ich dort war, hat das Verfassungsgericht die Todesstrafe abgeschafft. Die kapitalistische Neo-Apartheidregierung von Mandela und De Klerk versucht jedoch weiterhin, die machtvolle schwarze Arbeiterbewegung zu schwächen und zu brechen.

Gerade die Kämpfe der militanten schwarzen Arbeiterklasse ließen die rigide Apartheid des rassistischen, unter Vorherrschaft der Weißen stehenden Polizeistaats zusammenbrechen, nur um anschließend zu erleben, daß Schwarze als Strohmannen für die Randlords eingesetzt werden, die die fortwährende rassistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung überwachen. In Johannesburg und Kapstadt haben wir klassenbewußten Arbeitern und kämpferischen Jugendlichen unser Programm für internationale Klassenkampfaktionen zur Befreiung von Mumia und für die sozialistische Weltrevolution dargelegt. Bei zahlreichen Diskussionen haben wir betont, daß eine Arbeiterrevolution notwendig ist, um die rassistische,

Fortgesetzt auf Seite 6

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 5

kapitalistische Vorherrschaft wegzufegen.

Eine Woche bevor ich dort ankam, waren mehr als 100 schwarze Bergarbeiter, manche von ihnen Arbeitsimmigranten aus dem ganzen südlichen Afrika, bei einem Bergwerksunglück umgekommen. In einem Stollen entgleiste ein Zug, fiel in einen Schacht, zerstörte die Kabel eines Aufzugs und fiel mehr als 500 Meter auf den Schachtgrund. Es gab keinerlei Sicherheitsvorkehrungen, um dies zu verhindern, um den Fall des Zuges oder des Aufzugs zu stoppen. Die Gold-Magnaten, die Besitzer der Vaal Reefs Mine von Anglo American, wollten das Geld nicht ausgeben, weil das Leben von Schwarzen billig ist, wobei gerade der Schweiß und das Blut von schwarzen Arbeitern die Quelle des enormen Reichtums der rassistischen Bosse sind. Dies war Mord durch die Unternehmer, und er unterstreicht das Wesen der brutalen Superausbeutung der schwarzen Arbeiter, des Fundaments der Apartheid.

Dies waren die Begleitumstände, unter denen ich das „neue“ Südafrika besuchte. Bei meiner Reise durch die Gegend um Johannesburg, durch die Townships und Kapstadt sah ich die schreckliche Armut der Schwarzen und Farbigen, von denen Millionen auf besetztem Land am Rand der Großstädte wohnen. Die Wellblechhütten, das Fehlen von elementaren sanitären Einrichtungen: Dies waren die sichtbaren Zeichen des „neuen“ Südafrika, verkörpert im Regime der „Machtteilung“ des Neo-Apartheid-Kapitalismus. Die Regierung der Nationalen Einheit hat ein großangelegtes Wohnungsbauprogramm versprochen, aber was ist die Realität? Unter dem Programm für Wiederaufbau und Entwicklung, dem RDP, sollten angeblich innerhalb von fünf Jahren eine Million Häuser gebaut werden. 800 sind gebaut worden, bei einer Zielvorgabe von 50.000 im ersten Jahr. Man schätzt, daß neun Millionen Schwarze arbeitslos sind, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den meisten Townships zwischen 70 und 80 Prozent. Arbeiterinnen, hauptsächlich Schwarze und Farbige, sind die ersten, die entlassen werden – was in bestimmten Branchen wie Textil- und Nahrungsmittelindustrie geschehen ist. Außerdem nehmen die Goldvorkommen in Südafrika immer stärker ab; viele Bergarbeiter werden rausgeworfen. Und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder fällt rapide.

Kaum ein Tag ging vorbei, an dem ich nicht davon gehört oder gelesen habe, daß es eine Abschiebung von Immigranten gibt, besonders Mosambikaner und Simbabwe, die für den Bankrott des kapitalistischen Systems zum Sündenbock gestempelt werden. Es wird viel geredet über eine

Verbrechenswelle in den großen Städten, besonders Johannesburg; es gibt Schießereien bei Taxi-Kriegen. Aber natürlich ist diese schreckliche Armut ein Produkt des kapitalistischen Systems, das nicht für Arbeitsplätze oder Wohnungen oder Bildung sorgen kann. Und die Hauptantwort seitens der Regierung ist die Kontrolle von Schußwaffen – genauso wie in den USA –, um den schwarzen Arbeitern und Jugendlichen die Waffen aus der Hand zu nehmen, damit der kapitalistische Staat das Gewaltmonopol behält. Eine der Warnungen der Regierung Mandela/De Klerk war, daß die Hauptgefahr im Augenblick ... die Linke sei. Die Regierung gab zu, daß ein bedeutender Teil der Straßensriminalität von *Polizisten* begangen wird, die versuchen, ihr Einkommen aufzubessern.

Südafrika schreit heute förmlich nach revolutionärer Führung, nach einer revolutionären Arbeiterpartei, die den Kampf um die Staatsmacht führen wird, nach einer auf Schwarzen basierenden Arbeiterregierung – ausgehend von der einfachen Vorstellung, daß diejenigen, die arbeiten, auch herrschen sollen. Die wachsende Unterstützung für Mumia in Südafrika ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung – und seit ich vor einem Monat abgereist bin, ist eine Menge passiert. Es gab eine Versammlung in einem schwarzen Township, 110 Kilometer von Johannesburg entfernt. Kämpferische schwarze Jugendliche und auch andere Einwohner der Besetzer-Siedlung namens Serafina kamen zu dieser Versammlung. Wir besuchten diese Orte, und wenn wir die Leute fragten, was sie über das Regierungsprogramm für Wiederaufbau und Entwicklung dachten, empfahlen als Programm für die Armen, für die Arbeiterklasse, entfuhr es einem Bewohner: „Oh ja, das RDP. Du meinst, ‚Rich People Developing Poor People‘ (reiche Leute entwickeln arme Leute). Ach, dieses Programm.“

Die Versammlung in diesem Township bei Johannesburg zog Führer der Arbeiterklasse von verschiedenen politischen Parteien an – von der Azanian People's Organisation AZAPO, vom Pan Africanist Congress und vom African National Congress (ANC). Sie standen dicht gedrängt, Schulter an Schulter, in dem Raum, in dem das Video über Mumia gezeigt wurde. Und sie sagten sehr deutlich, daß auch sie gegen das Justizkomplott gegen Mumia protestieren. Sie nahmen Flugblätter mit, um dies breiteren Schichten der Arbeiterklasse und der Unterdrückten publik zu machen.

Am 6. Juni ging ich zu einem riesigen Marsch von mehr als 100.000 schwarzen Arbeitern zur Regierungskammer für Bergwerksfragen in Johannesburg, der einen Großteil der City lahmgelegt hat. Bei einem Marsch in Südafrika marschiert man wirklich. Man rennt. Sie nennen es *Toyi-Toyi*. Man benutzt jeden Teil des Körpers. Aerobics ist vergleichsweise lahm dagegen. Und es gab eine Menge prosozialistischer Losungen bei dieser Demonstration, denn sie sind nicht auf die Lüge der Bourgeoisie hereingefallen, der Kommunismus sei tot.

Unglücklicherweise strebt die prokapitalistische Führung des Marsches – bei dem Mandela gesprochen hat – nur eine Modifizierung des reaktionären Gesetzes über Schlichtungen von Streiks an, das darauf abzielt, die Arbeiterbewegung dadurch zu lähmen, daß die Gewerkschaften dem kapitalistischen Staat untergeordnet werden.

Wir erklärten den Leuten bei dem Marsch den direkten Zusammenhang zwischen dem jüngsten Mord durch die Industriellen in der Vaal Reefs Mine und dem Versuch des Staates, Mumia zum Schweigen zu bringen. Die Kapitalistenklasse, die in Südafrika versucht, das brutale System der Superausbeutung der schwarzen Arbeiter aufrechtzuerhalten, ist die gleiche Kapitalistenklasse, die in den USA

Fortgesetzt auf Seite 26

A Spartacist Pamphlet 51

**Black History
and the Class Struggle**

No. 12

SOUTH AFRICA POWDER KEG

For Black Proletarian Power



Pseudo-Science in the Service of Racism
The "Bell Curve" and Genocide U.S.A. see page 24

Spartacist Publishing Co. Box 1377 UPO, New York, NY 10108

Spartacist-Broschüre

(in englischer Sprache)

mit Artikelserie
„Pulverfaß
Südafrika“ aus
Workers Vanguard
und weiteren
Artikeln

DM 2,—

Erhältlich über
die Redaktions-
adresse

Symbol für Nazimord

Skinheads: Kein Modetrend

Im August scharten sich verschiedene Nazi-Führer und ihre Skinhead-Banden in der dänischen Stadt Roskilde bei Kopenhagen für einen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ zusammen, der ein Aufruf zum wiederholten Völkermord war. Trotz Polizeischutz für die Nazis und der Forderung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Roskilde, daß alle Einwohner zu Hause bleiben sollten, konnten Antifas aus Deutschland und Dänemark zusammen mit entsetzten Einwohnern der Stadt den braunen Skinhead-Abscham erfolgreich stoppen und aus der Stadt vertreiben.

Heute erleben wir in Europa besonders unter Jugendlichen eine zunehmende Polarisierung. Zehntausende sind gegen den Nazi-Terror auf die Straße gegangen, oft auch in direkter Konfrontation mit den Faschisten, und haben erlebt, wie die Polizei die Nazis schützt und auf Linke losprügelt. Aber weil die antifaschistischen Proteste stattfinden, ohne daß es derzeit in Deutschland einen wirklichen Klassenkampf gibt, sehen viele Jugendliche nicht in den Arbeitern ihre natürlichen Verbündeten und die entscheidende Kraft, die mit ihnen eine lebenswerte Zukunft erkämpfen kann. So gibt es unter den rebellierenden Jugendlichen Bewegungen, die nach allen Richtungen offen sind. Selbst bei Antifa-Demos findet man Typen, die im Aussehen nicht von Nazi-Skins zu unterscheiden sind – wobei ihr „Antifaschismus“ meist mit wütendem Antikommunismus verbunden ist. Obwohl Skinheads seit Jahren als besonders brutale rassistische Schläger und Mörder agieren, wie wir es schon bei den Nazi-Pogromen in Rostock erlebt haben, gibt es immer noch einen Mythos über ihre „Subkultur“ und ihr „Rebellentum“. Aber die Skinheads sind das Rohmaterial für die Schocktruppen des Faschismus, und ihre Glatzen, Bomberjacken und Stiefel werden von Immigranten, Schwulen, Linken und allen anderen möglichen Opfern zu Recht als Nazi-Uniform gesehen.

Es ist das verrottete kapitalistische System selbst, das die Faschisten ausbrütet und schützt. Zu einer Zeit, wo es tägliche faschistische Überfälle gibt, fängt die Verharmlosung von Nazis beim Staat an. Beim ersten Brandanschlag auf eine Synagoge seit dem Dritten Reich warfen Skinheads Brandsätze auf die Lübecker Synagoge 1994, in der mehrere jüdische Menschen wohnten. Die bürgerliche Presse reagierte darauf mit beschönigenden Artikeln. Die Ermittler erklärten, es hätte sich bei den Tätern „nur um Nachplapperer rechter Parolen“ gehandelt (*Spiegel*, 9. Mai 1994). Und im April 1995 wurden die Täter nur wegen „einfacher Brandstiftung“ verurteilt. Kein Wunder, daß es drei Wochen später, am 7. Mai, dem Vorabend des 50. Jahrestages des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland, einen neuen Brandanschlag auf diese Synagoge gab!

Aber auch in der deutschen Linken gibt es eine wachsende Kampagne, um zu „beweisen“, daß rasierte Schädel ein harmloser Trend seien. Die PDS klebte bei der letzten Bundestagswahl großflächige Plakate, auf denen ein Skinhead mit SS-Runen zu sehen war, und darunter stand „Nazis raus aus den Köpfen“. Als ob Nazi-Mord eine Frage schlechter Erziehung sei! In der jetzigen Wahlkampagne zum Berliner Senat appelliert das Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Plakat „Mal wieder Häuser besetzen“ an Jugendliche. Prominent abgebildet ist ein Skinhead mit einem großen „Oi!“ auf seinem T-Shirt. Weil PDS und Grüne meinen, daß Skinheads etwas ganz Normales unter „unse-

ren deutschen Jungs“ seien, verschweigen sie, daß es in Wirklichkeit um rassistischen Terror geht.

Obwohl nicht jeder Skinhead ein Faschist ist, sagen allein schon die Unterscheidungsmerkmale der Skinhead-„Szene“ mehr über die Gemeinsamkeiten aus als über Trennendes. Manchmal ist die Farbe der Schnürsenkel oder ein Ring in der Nase das einzige, wodurch sich ein „Antifa-Skinhead“ sichtbar von einem Nazi-Skinhead unterscheidet.



Spartakist

Berlin, 20. April 1994: Spartakist-Jugend für Arbeiter/Immigrantmobilisierung, um Nazis zu stoppen

Und normalerweise kann man eine Reihe von rückständigen Ansichten bei Leuten erwarten, die sich freiwillig eine Nazi-Uniform anziehen, die gleiche „Musik“ hören und auch sonst viele Vorlieben der Nazi-Skins teilen. Das kapitalistische System, ob hier in Deutschland oder in Britannien, bringt Tausende von Jugendlichen hervor, die durch Perspektivlosigkeit in dieser Gesellschaft an den Abgrund und zur Verzweiflung getrieben werden. Die Skinheads sind in den 70er Jahren in Britannien entstanden, wo die soziale Fäulnis der Entindustrialisierung eine große Schicht von empörten, hoffnungslosen, mehr oder weniger permanent lumpenproletarischen weißen Jugendlichen der unteren Klasse schuf. Es entstand ein ganzer Trend um „no future“. Aus der eigenen schwachen Position heraus suchen sie nach noch Schwächeren in der Gesellschaft, um diese dann zu drangsalieren. Und natürlich sind die Opfer solcher Angriffe diejenigen, die schon am härtesten vom kapitalistischen Staat angegriffen werden.

Wenn die soziale Macht der Arbeiterklasse mobilisiert

Fortgesetzt auf Seite 8

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 7

wird, um die Nazis in ihre Rattenlöcher zu treiben, dann werden sich auch die Skinheads nicht mehr so leicht vortrauen. Die Spartakist-Jugend will die besten der jungen Antifaschisten zum Kampf für den Sozialismus gewinnen. Aber die reformistische Sozialdemokratie, die heute die Arbeiter führt, sabotiert den Kampf gegen die Faschisten. Daher ist es notwendig, innerhalb der Arbeiterbewegung für eine revolutionäre Partei zu kämpfen, die ein Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten ist.

Deutscher Nationalismus und die Linke

Das gemeinsame Band für die Verharmlosung der Nazis, ob in Skinhead-Uniform oder ohne, ist der deutsche Na-



PDS-Wahlplakat 1994 stellt rassistischen Terror als „schlechte Ideen“ dar, statt als Folge der Konterrevolution, zu der sie beitrug

tionalismus, der bis zu den Linken reicht. Schließlich verkündeten Modrow und die PDS Anfang 1990 lautstark „Deutschland, einig Vaterland“, nachdem Nazis mit T-Shirts „Ich bin stolz, Deutscher zu sein!“ bei den Leipziger Demos aufgetaucht waren und die Mordpropaganda der Rep- und DVU-Nazis verteilt hatten. Besonders seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist der Großmacht-Anspruch und damit auch der Nationalismus in Deutschland stark angewachsen. Als auch noch vielen Jugendlichen, besonders im Osten, jede Chance auf Ausbildung und Zukunft genommen wurde, war der Boden für den rapiden Anstieg des faschistischen Terrors bereitet. Die PDS, die die DDR ausverkauft hat und jetzt mit dem Rest der Linken die Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat DDR beschönigt oder sogar bejubelt, zielt darauf ab, dem „demokratischen“ Kapitalismus eine „nette“ Fassade zu verpassen.

SPD, PDS und ihre linke Anhängsel verbreiten die Illusion, daß der Faschismus entweder mit Sozialarbeit oder mit mehr Polizei, das heißt mit Hilfe des bürgerlichen Staats, bekämpft werden kann. Aber wie das Rostocker Pogrom zeigte, arbeiten Polizei und Nazis oft Hand in Hand. Appelle an den kapitalistischen Staat, die Faschisten zu verbieten, sind nicht nur dumm, sondern gefährlich. Nazis brauchen nur die Namen ihrer jetzigen Organisationen zu ändern, um ihr mörderisches Gewerbe weiter auszuüben. Sowieso werden solche Verbote hauptsächlich gegen Ziel-scheiben des Nazi-Terrors eingesetzt: Immigrantengruppen wie die kurdische Arbeiterpartei (PKK) und andere kurdische Vereine sowie Linke, wie zum Beispiel Antifa Gençlik oder die Antifa (M).

Darüber hinaus stellen SPD und PDS Legionen von Sozialarbeitern und Hunderttausende D-Mark zur Verfügung, um Nazi-„Jugend“zentren zu unterstützen. Wie gefährlich Wohltätigkeit gegenüber Nazis ist, zeigte die Erfahrung der Dresdner Ausländerbeauftragten Marita Schiefer-decker-Adolph, die einen „Dialog“ mit Nazis und Skinheads in einem faschistischen Jugendklub organisierte. Als sie rausging, drückten Nazis/Skins brennende Zigaretten auf ihrem Hals aus und übergossen sie unter Rufen wie „Juden-sau“ mit Bier (siehe „Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner“, *Spartakist* Nr. 112, Mai 1994).

Mit Ermutigungen wie diesen wird den Rassisten ganz konkret der Weg bereitet. In diesem Februar erlebten Unterstützer des Komitees für soziale Verteidigung ein böses Beispiel davon in Leipzig. Auf Einladung der Organisation „Offensive, Cuba Si“, die in Verbindung mit der PDS steht, zeigte das KfsV das Video „Hier spricht Mumia Abu-Jamal aus der Todeszelle“. Dies geschah als Teil der internationalen Kampagne, das Leben dieses mutigen Kämpfers für die Rechte der Schwarzen und anderer Minderheiten zu retten. Kurz nach Beginn fingen lumpenproletarische Typen, die offenbar zur Szene gehörten, eine Provokation an, zerrissen die Mumia-Flugblätter und spuckten darauf. Als keiner der Anwesenden bereit war, die Veranstaltung gegen die Rassisten zu verteidigen, mußte das KfsV unter Protest die Vorführung abbrechen.

Weil das lumpenproletarische Milieu vom Produktionsprozeß und den Organisationen und Zielen der Arbeiterbewegung völlig losgelöst ist, existieren die Grenzen zwischen dem „No future“-Milieu und dem „Herrenrasse“-Wahn nicht. Sie sind verwischt. Bereits im *Kommunistischen Manifest* schrieben Marx und Engels 1848: „Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“

Wie für die PDS, so sind auch für die von Voran geführte JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) „jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren“ (Voran, Dezember 1993/Januar 1994). Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) leugnet überhaupt jeglichen Rassismus unter der frühen Skinhead-Bewegung und beschuldigte die

Fortgesetzt auf Seite 25

Berliner Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00 – 20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Themenschwerpunkte

- 1. November: Imperialismus, Krieg und Revolution
- 29. November: Kapitalismus bedeutet rassistischen Staatsterror – Der Kampf um Mumias Freiheit
- 13. Dezember: Die Krise der Menschheit ist die Krise der revolutionären Führung – Trotzki's Übergangsprogramm

Weitere Informationen über (030) 4 43 94 00

Gemetzel auf dem Balkan

Deutsche „Linke“ erntet, was sie säte

Der Bombenterror auf dem Balkan, der am 30. August begann, war der größte Überfall der NATO seit ihrer Gründung. Über zwei Wochen lang wurden Verkehrsverbindungen, Brücken und Stromversorgung der bosnischen Serben in Grund und Boden bombardiert. Auch nach der Aussetzung der Bombardierungen geht der Angriff der Imperialisten und ihrer kroatischen und bosnisch-muslimischen Marionetten auf die bosnischen Serben weiter. Und zum ersten Mal nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland 1945 nahm der Nachfolgestaat des Dritten Reichs wieder direkt an einem imperialistischen Überfall teil. Bereits die Feiern der deutschen Herrscher zum diesjährigen 8. Mai dienten dazu, offiziell einen Schlußstrich unter die Nachkriegsordnung zu ziehen. Deutschland greift wieder nach einer Weltmachtrolle und will Teile des Balkans an sich reißen.

Man hätte denken können, daß linke und angeblich revolutionäre Organisationen zu wütenden Protesten gegen den Krieg der imperialistischen Mörder aufrufen würden. Tatsächlich organisierte die Internationale Kommunistische Liga in den ersten Tagen nach Beginn der Bombenangriffe Protestdemos in Berlin, London, Paris und New York. Die SpAD-Demonstration am 2. September forderte: „Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan“, „Verteidigt bosnische Serben gegen blutige imperialistische Bomber!“ und „Viertes Reich: Hände weg vom Balkan!“ Die SpAD gab ein Flugblatt heraus mit der Überschrift „Nieder mit imperialistischen Angriffen auf bosnische Serben!“, das klar feststellte: „Die Vereinten Nationen sind die Speerspitze der imperialistischen Intervention in dieser Region“.

Keine andere linke Organisation initiierte Proteste gegen das imperialistische Gemetzel. Während der deutsche Imperialismus genau den 1. September auswählte, den Jahrestag von Hitlers Überfall auf Polen, um den Tornado-Einsatz gegen die bosnischen Serben bekanntzugeben, demonstrierte die nationalistische „Friedens“bewegung ihre Übereinstimmung mit den imperialistischen Zielen. Die Freimut Duves und Joschka Fischers von SPD und Grünen bejubelten den Bundeswehr-Einsatz, mit dem die neokoloniale Herrschaft in Kroatien abgesichert wird, als einen Kampf gegen „Völkermord“ und gegen ein „neues Auschwitz“. Auch der als „pazifistisch“ gehandelte Flügel der Grünen, der Bedenken gegen Bundeswehrtruppen auf dem Balkan hat, erklärte sich grundsätzlich dafür, den Wirtschaftsboykott gegen die Serben „auch mit Waffen“ (Fraktionssprecherin Müller) und „mit ‚hard power‘“ (Ludger Volmer) durchzusetzen. Und in Berlin demonstrierten einige Hundert PDS-Anhänger vor der von Kohl zu einem nationalistischen Monument umfunktionierten „Neuen Wache“. Die PDS ist gegen den Bundeswehreinsatz, aber für das imperialistische UN-Diktat gegen die bosnischen Serben. Mit ihren ständigen Aufrufen an die Bundesregierung, für „Frieden“ aktiv zu werden, ist sie ausdrücklich für ein von Deutschland dominiertes Osteuropa und hofft darauf, eine Vermittlerrolle zu spielen, bei der sie ihre aus der DDR

stammenden Verbindungen einsetzen kann. Für einen deutschen Balkan ist die PDS schon, aber dafür will sie „kein deutsches Blut“ vergießen, weil dies zu einem Hindernis bei der Errichtung der deutschen Wirtschaftsdominanz auf dem Balkan führen könnte.

Angesichts des Bombenterrors auf dem Balkan stürzten sich die Linken, die sich auf die nationalistische „Friedens“bewegung orientieren, erleichtert auf die Frage der französischen Nukleartests im Pazifik. Die PDS forderte Kohl auf, den deutschen Botschafter aus Paris abzuziehen. In Leipzig demonstrierten PDS, Grüne und Autonome genau am 1. September gegen ... die französischen Atomwaffentests. Die SpAD ist gegen die Atomtests in Moruroa, weil sie die Militärmacht einer imperialistischen Macht



Reuter

NATO-Bombardierung führte zur Vertreibung von über 100 000 bosnischen Serben durch kroatische/muslimisch-bosnische Truppen

verstärken, die nur zu reaktionären Zwecken eingesetzt werden kann (siehe Seite 3). Wir sind entschiedene Gegner der chauvinistischen Boykott-Aufrufe gegen Frankreich, die hier vertreten werden. Sie sind gegen die Franzosen gerichtet, was sicherlich einfacher ist, als gegen die „eigene“ Bourgeoisie zu kämpfen, und die Proteste haben nichts mit dem *tatsächlichen* Krieg zu tun, der gerade jetzt von der deutschen herrschenden Klasse unter NATO-Federführung und US-Oberkommando auf dem Balkan geführt wird.

Als sichtbare Opposition gegen den Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan trat die *junge Welt* auf. Diese Zeitung ist für ihre „antinationale“ Haltung bekannt; ihre Artikel entlarven den deutschen Imperialismus und seine rabiaten Kreuzzügler aus der nationalistischen „Friedens“bewegung. Aber außer Druck auf die PDS auszuüben haben sie nur die Perspektive, dem Plus der Nationalisten ein Minus entgegenzustellen und schließlich die imperialistischen Rivalen Deutschlands zu unterstützen. Mit Antiimperialismus hat das nichts zu tun. Für die Arbeiterklasse, die sie für die Verbrechen der eigenen Bourgeoisie verantwortlich macht, und für den Kampf für die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter haben sie nur Verachtung und Haß übrig.

Fortgesetzt auf Seite 10

Deutsche „Linke“ ...

Fortsetzung von Seite 9

Die *junge Welt* unterstützte Carters „Friedensinitiative“ Anfang des Jahres und hoffte dann auf einen Frieden durch „eine ‚pax americana‘, die nicht auf der Auslöschung der serbischen Volksgruppe in Bosnien beruht, sondern auf deren Gleichbehandlung mit den anderen Ethnien des



Spartakist

Berlin, 2. September: Demo gegen Bombenterror gegen bosnische Serben. Proteste wurden auch von unseren Genossen in New York, London, Paris organisiert

Vielvölkergebildes“ (Werner Pirker, 30. August). Damit rief sie explizit zu einem imperialistischen Diktat auf! Genau diese „pax americana“ trat in Aktion, und mit ihren Bomben macht sie nicht zuletzt den Balkan für die deutsche Herrschaft sicher. Am Schluß blieb dem *jW*- und konkret-Redakteur Elsässer nur noch abgründiger Zynismus, als er mit der Losung „Nasdravlje, Partizani i Četnici!“ (Hoch die Partisanen und die Tschetniks – *jW*, 6. September) herauskam. Der deformierte Arbeiterstaat Jugoslawien war durch Titos Kampf gegen Hitlers Nazis, gegen die kroatische faschistische Ustascha und gegen die serbischen monarchistischen Tschetniks aufgebaut worden, deren Antisemitismus dem der Ustascha in nichts nachstand. Das ist es, worauf die Unterstützung der *jungen Welt* für die imperialistische „Anti-Hitler-Koalition“ im Zweiten Weltkrieg hinausläuft: die Bombardierung von Dresden 1945 zu bejubeln und den blutrünstigen Tschetniks zu applaudieren, die Kommunisten, Kroaten und Juden abschlachteten.

Im jetzigen jugoslawischen Bürgerkrieg haben alle Seiten nationalistische Verbrechen begangen, deren Umfang nur dadurch bestimmt war, welche militärischen Mittel sie jeweils zur Verfügung hatten. Während wir dafür eintreten, daß jede der rivalisierenden nationalistischen Regierungen durch eine Arbeiterrevolution gestürzt wird, *verteidigen* wir die bosnischen Serben gegen Bundeswehr, NATO und UNO. Und heute bedeutet das auch ihre Verteidigung gegen die bosnischen Moslems und kroatischen Kräfte, die jetzt den Imperialisten untergeordnet sind.

Der blutige Bürgerkrieg und der mörderische NATO-

Bombenterror sind das direkte Ergebnis der kapitalistischen Zerstückelung von Jugoslawien. Im Gegensatz dazu gab es mit dem Sieg von Titos Partisanen 1944 und dem Sturz des Kapitalismus zwei Generationen lang eine relative Harmonie zwischen den Völkern Jugoslawiens, wenn auch die bürokratische Deformation des jugoslawischen Arbeiterstaats und Titos „Marktsozialismus“ der Konterrevolution den Weg ebneten. Als 1991 der deutsche Imperialismus im Alleingang die Abtrennung von Slowenien und Kroatien durchsetzte, um aus dem jugoslawischen Arbeiterstaat seine traditionellen Neokolonien Slowenien und Kroatien herauszubringen, erhielt er von der PDS und den anderen linken Gruppen lautstarke Unterstützung. Die aggressive Rolle des deutschen Imperialismus auf dem Balkan, bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens wie auch jetzt beim Einsatz der Tornados, ist die Konsequenz der kapitalistischen Wiedervereinigung, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte und zu einem großdeutschen imperialistischen Vierten Reich führte. Im Namen von klassenloser „Demokratie“ und „Selbstbestimmung“, den heuchlerischen Schlagworten der imperialistischen Propaganda im antisowjetischen Kriegszug, landeten die PDS und die Linke wie beim Anschluß der DDR auf der Seite der kapitalistischen Restauration. Jetzt müssen die werktätigen Massen und unterdrückten Völker auf der ganzen Welt mit ihrem Blut für den Verrat der Reformisten bezahlen. Die Spartakisten haben die deformierten Arbeiterstaaten bedingungslos gegen die Konterrevolution verteidigt und vor deren katastrophalen Konsequenzen gewarnt. Nur eine politisch-proletarische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die entwickelten kapitalistischen Länder von Westeuropa hätte die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit auf dem relativ verarmten Balkan bringen können. Das bleibt die Perspektive, für die wir trotzkistische Parteien aufbauen müssen: die Errichtung einer sozialistischen Föderation auf dem Balkan als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

PDS: Pazifisten des Vierten Reichs

Besonders seit der Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten und der kapitalistischen Wiedervereinigung tritt uns der Nationalismus der „Friedens“bewegung in seiner
Fortgesetzt auf Seite 21

Spartakist-Diskussionsreihe

Die neue Weltordnung: Imperialismus und Krieg

- 28. November** Lenin, Liebknecht, Trotzki gegen bürgerlichen Militarismus:
Das Programm für die Bewaffnung des Proletariats
- 12. Dezember** Marxismus und Staat:
Bürgerliche Klassenjustiz am Beispiel von Mumia Abu-Jamal
- 9. Januar** „Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung.“ – Leo Trotzki, *Übergangsprogramm*, 1938

jeweils 19.00 Uhr, Galeriecafé Steg
Stegpassage 2, 06110 Halle

Kruzifix-Wirbel

Für Trennung von Kirche und Staat!

Mitten in den bayerischen Schulferien kam es zum Knall. Am 10. August hob das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe den Paragraphen der bayerischen Schulordnung auf: „In jedem Klassenzimmer ist ein Kreuz anzubringen.“ Laut Richterurteil ist jeder staatliche Zwang, Kinder „unterm Kreuz lernen“ zu lassen, verfassungswidrig. Damit gab das Gericht nach zehn (!) Jahren den Klägern Renate und Ernst Seler aus der Oberpfalz Recht. Die Kläger mußten einen jahrelangen Kampf führen, um ihre Kinder vor religiösem Obskurantismus in der Schule zu schützen. So wurde Ernst Seler, Anhänger des Anthroposophen Rudolf Steiner, sofort nach Klageerhebung „zwecks Überprüfung seines Geisteszustandes“ in die Heilanstalt gesteckt. Seine Kinder wurden mehrmals von Bullen im Auftrag des SPD-Landrats zur „Schulpflicht“ unters Kreuz gezwungen. Und gleich nach dem Urteil erhielt die Familie über 20 Morddrohungen.

Am 22. September dann wurden ganze elf von 33 000 Kreuzen abgehängt; und zwar nur in den Schulräumen, wo die beiden Seler-Kinder anwesend sind. Und am 23. September demonstrierten unter der Losung „Das Kreuz bleibt!“ 30 000 in München gegen das BVG-Urteil, angeführt vom protestantischen und katholischen Klerus und der politischen Prominenz. Obwohl der Anspruch der „Glaubensneutralität“ bei diesem Urteil wirklich nur sehr entfernt an die Aufklärung und die große französische bürgerliche Revolution erinnert, entfesselte es einen Sturm der Entrüstung. Hängt doch normalerweise in jedem bundesdeutschen Gericht ein Kreuz an der Wand. Erst nachdem sich 1973 ein jüdischer Rechtsanwalt geweigert hatte, in einem Düsseldorfer Gerichtssaal unter dem Kreuz einen Prozeß auf Wiedergutmachung zu führen, und begründen mußte, wie sehr Juden unter dem Kreuz verfolgt wurden, wurde nach langem Hin und Her eine separate Kammer im Gericht für den Prozeß hergerichtet. Bis zum heutigen Tage aber kann die Entfernung von Kreuzen aus deutschen Gerichtssälen nur verlangt werden, wenn ein Prozeßbeteiligter „glaubhaft machen kann, durch das Kreuz in seiner Glaubensfreiheit berührt zu sein“. Und noch 1993 entschied das Oberverwaltungsgericht in Münster, daß in Nordrhein-Westfalen ein Kreuz in der Klasse kein Unrecht sei.

Kommunisten sind für die vollständige Trennung von Kirche und Staat, und das heißt auch die Trennung von Kirche und Schule. Wir kämpfen für eine internationale proletarische Revolution, um die Grundlage für eine von allen Zwängen befreite sozialistische Gesellschaft zu schaffen – eine Gesellschaft, in der es keine Klassen gibt. Das Recht auf Religionsausübung bedeutet auch das Recht, keine Religion auszuüben und Atheist zu sein, und es ist ein individuelles Recht, das Kommunisten verteidigen.

Dies ist in Wirklichkeit ein Grundprinzip der bürgerlich-demokratischen Revolutionen. Aber das kapitalistische Deutschland hat nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution erlebt, und seine „demokratischen“ Institutionen wurden von oben gestiftet – „dem deutschen Volke“, wie es



München, 23. September: Kreuzzug der klerikalen Volksfront

SZ

über dem Reichstag, einem Geschenk der Hohenzollern-Monarchie, geschrieben steht –, von autokratischen Regimen, die versuchten, die soziale Reaktion zu verfestigen. Daher war in Deutschland die Religion schon immer eine Staatsangelegenheit, seit dem feudalistischen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (das Erste Reich) und Luthers Pakt mit den abtrünnigen Fürsten, die im Religionsfrieden von Augsburg das Prinzip „cuius regio, eius religio“ (es gilt die Religion des Landesherrn) durchsetzten. Die Verflechtung der Kirche mit dem Staat ist nicht nur für die konservativen und größtenteils katholischen Christdemokraten selbstverständlich, sondern auch für die reformistische Arbeiterpartei SPD mit ihren engen Verbindungen zur evangelischen Kirche.

Die SPD und die mächtigen Staatskirchen wollen selbstherrlich entscheiden, was eine Religion ist und was nicht, um die politische Unterdrückung aller unpopulären Minderheitsgruppierungen zu rechtfertigen. Der Kreuzzug gegen Scientology ging los (übrigens von der SPD gestartet), weil diese Sekte dem „Ansehen Deutschlands im Ausland“ geschadet habe. Denn Scientology hatte die Kontinuität der „Bundesrepublik“ zum Dritten Reich aufgezeigt (siehe auch „Bonns Kreuzzug gegen Scientology: Bedrohung für Alle!“, *Spartakist* Nr. 115, November/Dezember 1994). Für Marxisten, die die Interessen der Arbeiterklasse und ihr Recht, sich zu organisieren, verteidigen, gehört der Widerstand gegen diese gefährlichen staatlichen Übergriffe auf demokratische und religiöse Organisationen zur elementaren Pflicht, demokratische Rechte unabhängig davon zu verteidigen, wie dubios und unappetitlich diese Sekte ist.

Bullen, Richter, Pfaffen raus aus Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen!

Die ganze Gesellschaft ist durchsetzt mit religiösen Regeln und Symbolen. Vieles, was Spaß machen kann, unter-

Fortgesetzt auf Seite 12

Kruzifix-Wirbel...

Fortsetzung von Seite 11

liegt Keuschheitsgeboten oder fällt unter die Zensur. Die Pfaffen hocken sogar im „Amt gegen Jugendgefährdung“, und die Kirchen schüren eine bössartige Hexenjagd wegen „Kindesmißbrauchs“, aus der vom Staat groteske Anklagen gegen Unschuldige fabriziert werden, während er gleichzeitig ihre Kinder beschlagnahmt. Sie führen einen wütenden Kreuzzug gegen Homosexualität und wollen das Sexualleben der gesamten Menschheit reglementieren. Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, erklärt in ihrer Präambel die „Verantwortung vor Gott“. Es gibt zwei Staatskirchen, für die der Staat die Finanzen eintreibt. Landesregierung und Schulen haben einen „verfassungsmäßigen“ Auftrag, den Kindern „christliche Werte“ einzuhämmern. Mit dem



Penny Illustrated News

23. Mai 1871: Bis zum Ende kämpfte das Frauenbataillon in Verteidigung der Pariser Kommune am Place Blanche

Reichskonkordat zwischen Vatikan und Hitler 1933, was später vom Bonner Vierten Reich übernommen (und auf die evangelische Kirche ausgeweitet) wurde, haben katholische Bischöfe zum Beispiel das Recht, Theologie-Professoren an staatlichen Universitäten zu feuern, obwohl diese vom Staat eingestellt und bezahlt werden! Selbst im Knast bist du nicht sicher vor dem staatlich finanzierten Seelsorger. Die Staatskirchen sind noch dazu die größten staatlich subventionierten Unternehmer. Die evangelische Kirche ist dabei der größte Arbeitgeber, der per Gesetz „als Gesinnungsbetrieb“ definiert ist und bei dem gewerkschaftliche Rechte *ungültig* sind. Wenn du ein „unmoralisches Leben“ führst, wirst du gefeuert. Der Malteser-Hilfsdienst, der vom Staat Zivildienstleistende zum Einsatz erhält, stellt zum Beispiel keine „Nicht-Christen“ ein. In Nordrhein-Westfalen sind 80 Prozent aller Sozialeinrichtungen unter kirchlicher Kontrolle, und im sozialdemokratischen Saarland kommen auf einen staatlichen Kindergarten 16 kirchliche. Vom Kindergarten bis zur Bahre bist du den kirchlichen Sittenwächtern ausgeliefert.

Kirchen und Staat mischen sich überall in das Privatleben ein, wo sie nichts zu suchen haben! „Tatsache aber ist: Die Menschen haben es satt, wie der Staat und die mit ihm liierten Kirchen in ihren intimsten Glaubensangelegen-

heiten herumpfuschen“, schreibt die *taz* (15. August). Die schon in den letzten Jahren hohe Zahl von Kirchaustritten ist in diesem ersten Halbjahr nochmal um 30 bis 40 Prozent im Westen angestiegen. Unvergessen auch die Schlangen vor den Rathäusern im Osten Anfang 1991, als das Kirchensteuereinzugsverfahren in Kraft trat, das sogar nach den Maßstäben des Grundgesetzes verfassungswidrig im Einigungsvertrag enthalten war. Damit wurde fast die ganze Bevölkerung der ehemaligen DDR nach der kapitalistischen Konterrevolution zwangsweise zur Kasse gebeten.

Wie alle Umfragen zeigen, ist es trotz vielfältiger Maßnahmen bislang nicht gelungen, bei den ehemaligen Werktätigen der DDR, und besonders bei den Frauen, die fortschrittlichen sozialen Ansichten in bezug auf die Kirche auszutreiben. Gerade mal 3,6 Prozent der Brandenburger Bevölkerung rechnen sich zum katholischen und 28,3 zum evangelischen Glauben. So moniert *Die Zeit* am 18. August: „Wem also am Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands liegt, der sollte sich klarmachen, daß bayerische Verhältnisse der Integration nicht dienlich sind. Gerade auch wenn man darauf drängen möchte, daß die christlichen Prägungen unserer Geschichte wieder stärker ins Bewußtsein der Ostdeutschen rücken und als Teil unserer Kultur respektiert werden, muß deren Darstellungsform zumutbar sein. Kruzifixe in brandenburgischen und sächsischen Schulräumen – möglicherweise an den Stellen, an denen bis vor wenigen Jahren noch Honecker-Bilder hingen – wären jedenfalls deplaziert.“

Die Herrschaft in der Klassengesellschaft beruht einerseits auf der gewaltsamen Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit durch die staatlichen „Formationen bewaffneter Menschen“. Andererseits sind für die Herrschenden die ideologischen Institutionen, von den Kirchen bis zum Fernsehen (einschließlich „Wort zum Sonntag“), unverzichtbar, um „Zucht und Ordnung“ und die Werte der „Obrigkeit“ von einer Generation zur nächsten weiterzugeben; und die Unterdrückung von Frauen und Kindern durch die Familie ist dabei zentral. Man kann allerdings, wie Engels sagte, nicht „par ordre du Mufti“ den Kirchen verbieten, ihren Unsinn zu verbreiten.

Erst wenn die Arbeiter unter revolutionärer Führung die Staatsmacht erobert haben, wird es möglich sein, im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft das rückständige Bewußtsein vollständig zu überwinden. Eine revolutionäre Arbeiterregierung wird eine umfassende wissenschaftliche Aufklärung gegen die religiösen Vorurteile organisieren. Ausschlaggebend ist die Beseitigung der sozialen Grundlagen dieser Vorurteile. So haben 1917 die Bolschewiki versucht, die Familie durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu ersetzen und es den Frauen zum Beispiel durch Kinderbetreuung rund um die Uhr zu ermöglichen, voll am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Im Kapitalismus stellen sich die leibhaftigen Vertreter des bürgerlichen Staates besonders für Immigranten, Frauen und Jugendliche oft als Dreifaltigkeit von Bullen, Richtern und Pfaffen dar, die sie im Namen des Kreuzes, der Gesetze und des Staates peinigen und drangsaliieren. In der

organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland gibt es traditionell einen stark antikirchlichen Trend, der der ursprünglich revolutionären Rolle der Sozialdemokratie entspricht. Bis 1914 kämpfte die SPD für die Trennung von Kirche und Schule. Heute sind es fast nur wir Trotzkiten, die die vollständige Trennung von Kirche und Staat fordern, darunter die Abschaffung der Kirchensteuer. Mit ihrem endgültigen Übergang ins Lager der „eigenen“ Bourgeoisie hat sich die SPD immer mehr mit der Kirche verflochten, während sie gleichzeitig das Programm der proletarischen Revolution und der Befreiung der Frau aufgab. Mit geradezu missionarischem Eifer versucht sie heute, die Arbeiter zur Klassenzusammenarbeit mit den Bossen zu erziehen. Kaum ein Streik in den letzten Jahrzehnten, wo Pfaffen nicht anwesend waren. Beim Stahlstreik 1987 in Rheinhausen wurde Pastor Kelp zum prominenten Trostsprecher, als die SPD-Ausverkäufer bei den Arbeitern so verhaßt waren, daß ihnen keiner mehr zuhörte. Bei der letzten Bundestagswahl 1994 tauchte Kelp dann auf der bunten Liste der sozialdemokratischen PDS auf!

Gerade jetzt, wo das Vierte Reich nach einer Weltmachttrolche greift und von Pfaffen eingeseignete Tornados beim Krieg auf dem Balkan einsetzt, käme für die Kriegsmobilisierung ein öffentlicher Streit über „alte deutsche Werte“ ungelegen. Doch der Kapitalismus braucht für die Kriegsmobilisierung gerade Nationalismus und Patriotismus mit dem Symbol des Kreuzes. So ist die Bonner Koalition über das Urteil gespalten, die Abstimmung 5 zu 3 entspricht durchaus der Stimmungslage in der deutschen Bourgeoisie. Der christliche Kanzler Kohl äußert „Unverständnis“ zum Karlsruher Richterspruch, während seine FDP-Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger „zurücktreten“ will, falls die Kruzifixe hängenbleiben. Für das Finanzkapital ist die milliardenschwere Unterstützung der Staatskirchen ein teurer Spaß – die könnte beim „Um- und Abbau des Sozialstaates“ ganz kräftig reduziert werden. Aber das Pfaffenwort, auch gesprochen von den Moralpredigern der Sozialdemokratie, ist das „Opium“, das die Arbeiter lähmen soll.

Kein Wunder also, daß man in Bayern von der SPD-Vorsitzenden Renate Schmidt bis zum CSU-Ministerpräsidenten Stoiber aufheulte, das „christliche Abendland“ sei in Gefahr. Ein Fegefeuer auf Erden für die Kinder in Bayern wurde beschworen. Schnell stellte Karlsruhe richtig, daß doch nur das staatlich angeordnete Aufhängen des Kreuzes bzw. Kruzifixes verboten sei; es erinnerte daran, daß es den Charakter der „christlichen Gemeinschaftsschulen“ in Bayern ausdrücklich billige. Tatsächlich ist die bestehende „Verflechtung von Staat und Kirche in Deutschland ... nur an der Oberfläche angekratzt worden“, schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 26. August und meint, eine Trennung von Kirche und Staat „wäre wohl erst nach einer Revolution möglich“. Allerdings!

Und wie eine solche Revolution, die heute dringend notwendig wäre, auszusehen hätte, schildert Karl Marx in seiner Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von 1871 anschaulich am Beispiel der Pariser Kommune:

„Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung, einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgeschickt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war

Stoppt die rassistischen Angriffe auf Roma-Frauen!

Die Bullen organisieren fast täglich ungestraft rassistische Überfälle. Ein schreckliches und brutales Beispiel ist der Überfall auf Roma-Frauen am 13. April in Köln. So umstellten am Gründonnerstag 150 Polizisten in der SPD-regierten Stadt Köln ein Wohnheim von Roma, die zumeist aus Bosnien kommen. Aufgrund einer sehr vagen Anzeige eines Einzelnen wegen „versuchten Kindesmords“ irgendwo in Köln griff die Polizei gezielt die Roma an. Die Bullen stürmten um 6 Uhr früh in die Flure des Wohnheims und rissen die dort lebenden Romafamilien aus dem Schlaf. Ältere Roma fühlten sich an die Zeit des Hitler-Regimes erinnert.

Alle Romafrauen im „gebärfähigen Alter“ wurden von ihren Familien getrennt und abgeführt, 39 Frauen ins Polizeipräsidium weggeschleppt. Ihnen wurde Blut abgenommen und es wurden Fingerabdrücke genommen. Vier Frauen wurden dann noch durch zwangsgynäkologische Untersuchungen staatlich vergewaltigt! Wie es in der Presseerklärung des Rom e.V. vom gleichen Tage heißt, war besonders schrecklich die „Untersuchung eines 15jährigen Mädchens ... das noch nie eine Untersuchung auf einem gynäkologischen Stuhl erlebt hatte. Das Kind hat diesen Vorgang als ungeheure Entwürdigung erlebt, zumal es bei der Verletzung seiner Jungfräulichkeit für ihr weiteres Leben schwer gezeichnet wäre.“ Die Arbeiterbewegung muß die Verteidigung der Roma zu ihrer eigenen Sache machen! Schluß mit Bullenterror gegen Immigranten!

nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.“

Doch im Unterschied zu England und Frankreich ist in Deutschland noch nicht einmal die bürgerliche Republik, die traditionelle Herrschaftsform der Bourgeoisie, durch eine Revolution im Kampf gegen den Feudalismus geschaffen worden, sondern ist ein Ergebnis der bürgerlichen Konterrevolution gegen die begonnene proletarische Revolution von 1918. Die Bourgeoisie hat sich, aus Angst vor der Arbeiterklasse, mit dem Adel und der Monarchie verbrüdet. Deshalb besitzt der kapitalistische deutsche Staat eine Kontinuität, die über das Dritte Reich bis zur Wilhelminischen Monarchie zurückreicht. Dazu gehört, daß sämtliche Paragraphen, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betreffen, aus der Weimarer Reichsverfassung von 1919 stammen.

Weg mit den Paragraphen 218 und 219!

Die ganze deutsche Gesellschaft ist von christlich-reaktionären Vorstellungen durchdrungen, besonders was die Rolle der Frau angeht. Die reaktionäre Familienideologie wird durch die Paragraphen 218/219 zum Knüppel gegen die Frau, die zu einer Gebärmaschine degradiert werden soll. Der Staat und seine Kirchen sind der Meinung, daß der Fötus im Bauch der Mutter nicht ihr, sondern ihnen gehört. In Bayern hat der Kampf um die Abschaffung des Paragraphen 218 zu einem beispiellosen Kesseltreiben gegen Dr. Theissen geführt. Dieser heldenhafte Frauenarzt wurde 1986 angeklagt, in seiner Praxis einige hundert sogenannte illegale ambulante Abtreibungen durchgeführt zu haben

Fortgesetzt auf Seite 14



Memmingen, 10. September 1988: Demonstration zur Verteidigung des heldenhaften Frauenarztes Dr. Theissen. Er wurde vor Gericht gezerzt und verurteilt, weil er Frauen half und Abtreibungen durchführte. Weg mit den Schandparagrafen 218 und 219!

Kruzifix-Wirbel...

Fortsetzung von Seite 13

(siehe „Weg mit 218 und 219! Verteidigt Dr. Theissen!“, *Spartakist* Nr. 58, September/Oktober 1988). Hunderte Frauen wurden durch Polizei und Richter verfolgt und öffentlich an den Pranger gestellt. Freunde und Männer der Frauen wurden wegen „Beihilfe“ angeklagt; Immigrantinnen wurden dadurch direkt mit Abschiebung bedroht. Dieses monströse Verfahren von Memmingen wurde 1975 vom Bundesverfassungsgericht vorbereitet, als es die sogenannte Fristenlösung der sozialliberalen Koalition außer Kraft setzte, da sie gegen das im Grundgesetz garantierte „Recht auf Leben“ verstoße. Die Memminger Hexenjagd war ein Vorstoß von Bonn für die Verschärfung der Abtreibungsregelung.

Kommunisten waren immer für die ersatzlose Streichung dieser Klassenparagrafen, mit denen Frauen und Ärzte verfolgt werden. Wir sind für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, durchgeführt durch kompetentes medizinisches Personal, als Teil einer umfassenden qualifizierten, kostenlosen Gesundheitsversorgung. Das bedeutet zuallererst massive Verteilung sicherer und effektiver Verhütungsmittel. Alle Versuche, den Paragraphen 218 zu „reformieren“, führten zu einem immer erbärmlicheren Ergebnis. Dabei haben SPD und Grüne im Bundestag das Märchen der klerikalen Reaktion, „Abtreibung ist Mord“, nie in Frage gestellt. 1993 bereitete der Bundestags„kompromiß“ die Karlsruher Entscheidung vor, mit der die Abtreibung für zwar „straffrei“, aber „rechtswidrig“ erklärt wurde. Die Richter setzten die Zwangsberatung in Kraft mit der Auflage, daß der Bundestag „endlich zu Potte“ kommen solle. Jetzt wurde im vierten Anlauf eine gegenüber 1993 nochmals verschärfte Version des Paragraphen in Zusammenarbeit mit Gericht und „Lebensschützern“ verabschiedet.

Dieser reaktionäre Kompromiß von CDU/CSU, SPD und FDP macht es den Frauen nach der 12. Woche unmöglich, eine Abtreibung wegen einer sozialen Notlage durchzuführen oder aufgrund der einfachen Tatsache, daß sie kein Baby haben wollen. Es gibt nur noch zwei Indikationen: kriminologisch (nach einer Vergewaltigung) und medi-

zinisch („Gefahr für das Leben oder schwerwiegende Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes“). Die eugenische Indikation (Abtreibung wegen Behinderung) ist auf Druck der katholischen Kirche gestrichen worden. Und auf gleicher Ebene waren auch die „Frauenrechtler“ unter den Linken und Grünen über diese Streichung froh: Obszönerweise unterstellen sie den Frauen, das Nazi-Euthanasieprogramm auszuführen, wenn die einzelne Frau das Recht beansprucht zu entscheiden, ob sie ein schwerbehindertes Kind austrägt oder nicht.

Abtreiben darf die Frau nur nach einer Zwangsberatung bei Einrichtungen, die staatlich kontrolliert sind und dem „Schutz des ungeborenen Lebens“ dienen müssen. Es wird der befruchteten Zelle amtlich „ein eigenes Recht auf Leben“ bescheinigt. Angehörige, Freunde und Berater können wegen Nötigung verfolgt werden,

das heißt gegen sie können bis zu fünf Jahre Gefängnis verhängt werden. Mit diesem Schandparagrafen sollen die Frauen zurück an Heim und Herd gezwungen werden – zurück zu Hitlers „Kinder, Küche, Kirche“! Fünf Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution trauen sich die christlichen Herrscher und ihre Justiz, die Fristenlösung aus der DDR komplett abzuschaffen und das Recht auf Abtreibung im ganzen Vierten Reich immer weiter einzuschränken.

Kirche und SPD als Trojanisches Pferd der Konterrevolution in der DDR

Unter dem Schlachtruf „Demokratie“ hat die SPD mit ihrer imperialistischen Ostpolitik frühzeitig versucht, das der deutschen Bourgeoisie entrissene Land im Osten zurückzuerobern, diesmal mit der D-Mark. Vor allem für Frauen bedeutet die Konterrevolution in der DDR eine vollständige Umkehrung ihrer Lebensverhältnisse. Aus der im Produktionsprozeß integrierten Kranführerin wurde im Vierten Reich eine Sozialhilfe-Empfängerin. Die DDR-Bürokratie, die sich auf das Stalinsche Dogma „Sozialismus in einem Land“ stützte und sogar die Familie als „Keimzelle des Sozialismus“ hochjubelte, ließ den Kirchen relativ viel Raum. Bereits bei der Bodenreform wurde der Grundbesitz der Kirchen (katholisch und evangelisch), der natürlich riesig war, nicht angetastet! Die DDR hat sogar in ihre Verfassung die gleichen Weimarer Artikel übernommen wie die BRD, so daß ursprünglich Religionsunterricht an den Schulen stattfand und Kirchensteuer existierte. Das DDR-System mit seiner Miefigkeit und seinem preußischen Drill, den es zur politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse brauchte, ließ Jugendlichen oftmals nur den Weg zur Kirche, wo sich die verschiedenen Oppositionellen trafen und die Pfaffen die Kontrolle übernahmen. Dennoch konnte der Klerus, der ja auf dem Privateigentum basiert, in einem Arbeiterstaat, der zwar bürokratisch deformiert war, aber doch das Privateigentum abgeschafft hatte, nicht so schalten und walten wie im Westen.

Um die DDR zu zerstören, brauchte es schon den geballten Einsatz der Sozialdemokratie, die als Transmissionsriemen die evangelische Kirche benutzte. Die SPD stand

Verteidigt Abtreibungskliniken in USA gegen mörderischen Terror!

In den USA hat der Kreuzzug gegen die Abtreibungsrechte der Frauen einen offen terroristischen Flügel, in dem sich rechte religiöse Fanatiker mit dem faschistischen Ku Klux Klan zusammentun. In vielen Teilen des Landes müssen sich Frauen, wenn sie eine Abtreibung oder selbst nur eine Beratung wollen, durch einen Anti-Abtreibungs-Pöbel durchkämpfen, der beleidigende Schimpfworte schreit und mit Bildern von toten Föten herumfuchtelt. Im Namen des „Pro-Life“-Mobs werden Abtreibungskliniken in Brand gesetzt, aufopferungsvolle Ärzte und medizinisches Personal werden am helllichten Tage niedergeschossen. Nachdem dieser Kreuzzug bereits das Leben von zwei Ärzten in Florida gekostet hatte, ermordete einer der Anti-Abtreibungsterroristen, John Salvi, am 30. Dezember letzten Jahres in Massachusetts einen Beschäftigten in der Aufnahmeabteilung und verwundete drei andere. Dann fuhr er zu einer anderen Klinik, wo er eine Krankenschwester der Aufnahmeabteilung ermordete und noch zwei weitere Menschen verletzte.

Unsere Genossen der Spartacist League/U.S. und Jugendliche der Spartacus Youth Clubs haben zusammen mit Aktivistinnen aus der Frauenbewegung an einer Reihe von militanten Aktionen zur Verteidigung von Abtreibungskliniken teilgenommen. Die Spartakisten kämpfen für die Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterbewegung, um die Abtreibungskliniken zu verteidigen, und für kostenlose Abtreibung auf Wunsch sowie für eine kostenlose umfassende Gesundheitsversorgung insgesamt.



Demonstrationen gegen die Ermordung von Dr. David Gunn in Fremont, Kalifornien, am 11. Juni 1993 (oben) und in San Francisco am 9. März 1994

Workers Vanguard

zusammen mit den kleinbürgerlichen Grünen an der Spitze der nationalistischen „Friedens“bewegung, die dem imperialistischen „Drang nach Osten“ der deutschen Bourgeoisie entsprach. Sie verankerte sich so sehr in diesem Milieu, daß man die Ost-SPD mit ihren Thierses und Stolpes zu Recht eine Pfaffenpartei nennen kann. Ihr antikommunistischer Kreuzzug fand seine Krönung in der Gauck-Behörde, wo ein Pfaffe im Dienste der kapitalistischen Regierung jeden ehemaligen DDR-Bürger auf seine Fähigkeit zu „Loyalität“ und „Respektierung der Demokratie“ überprüft.

Zu Kreuze kriechen soll man vor dem selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Während die CSU mit ihrer Kampagne zur „Retten des Vaterlands“ chauvinistische Mobilisierungen durchführt, akzeptieren auch die Verteidiger des Gerichtsurteils den rassistischen Mythos des „christlichen Abendlands“, der immer als Hetze gegen Immigranten geschürt wird. Kinder von Asylbewerbern haben überhaupt keinen Anspruch auf Schulunterricht! Knapp ein Jahr ist es erst her, daß das bayerische Ober-

landesgericht gegen die „provokativ auftretende Religionsausübung in besonders deutlich erkennbaren Moscheen“ hetzte, wie es in der Genehmigung für einen NPD-Nazi-Aufmarsch gegen den Aufbau einer Moschee hieß (*Süddeutsche Zeitung*, 31. August 1994). Auf das Kreuzurteil folgte die Genehmigung des Bundesverfassungsgerichts für die Abschiebung von sieben Asylbewerbern aus dem Sudan, ein Urteil, das nun auch von der SPD befürwortet und von den Grünen als „rechtmäßig“ anerkannt wird.

Wahrhaftig, es braucht eine Revolution in Deutschland, in der die Arbeiterklasse von ihren sozialdemokratischen Irreführern bricht und die sozialen Fragen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch eine sozialistische Revolution löst, die das ganze kaputte kapitalistische System zum Teufel jagt. Dafür muß eine Partei geschmiedet werden im Geiste der Jakobiner und Bolschewiki. Für eine solche Partei, Teil einer wiederzuschmiedenden revolutionären Vierten Internationale, kämpfen wir Spartakisten. ■

Erleuchtung auf dem Weg nach Tuzla

David North „beseitigt“

Recht auf Selbstbestimmung

David North ist der Anführer des „Internationalen Komitees der Vierten Internationale“, das in Deutschland vom Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) vertreten wird. Nachfolgender Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 626 vom 28. Juli 1995, der Zeitung der Spartacist League/U.S.

Teil eins von zwei

Der Zusammenbruch der früheren Arbeiterstaaten Osteuropas und der Ex-Sowjetunion entfesselte eine Orgie von nationalistischem Blutvergießen. Heute prangern die imperialistischen Medien serbische Kriegsverbrechen in dem brudermörderischen Schlachthaus an, zu dem Bosnien inzwischen geworden ist. Aber „ethnische Säuberungen“ sind wohl kaum

eine alleinige Praxis der Serben. Entsetzliche Greuelthaten werden nicht nur von allen Seiten auf dem Balkan begangen, sondern genauso werden blutige nationale Kriege zwischen Armeniern und Aseris um den Besitz von Nagorny-Karabach geführt, von Georgien gegen die Osseten und Abhasen und im ganzen Kaukasus. Um ihre Herrschaft in der Region zu behaupten, startete die russische Armee einen großangelegten militärischen Überfall auf Tschetschenien, der die Hauptstadt Grosny praktisch auslöschte und das Land verwüstete.

Wenn man die bürgerliche Presse liest, könnte man den Eindruck gewinnen, daß diese grauenhaften nationalistischen Gemetzel durch das Wiederaufleben einiger uralter „Stammes“fehden angefaßt werden. In Wirklichkeit ist gerade die Logik der kapitalistischen Konterrevolution die treibende Kraft hinter dem Wiederaufstieg des Nationalismus von Mitteleuropa bis zum Kaukasus, da wirtschaftlich fortgeschrittenere Völker versuchen, ihren eigenen Vorteil auf Kosten ihrer weniger entwickelten Nachbarn zu konsolidieren. Wie wir in „Ethnische Säuberungen‘ und nationalistische Kriege“ (Spartakist Nr. 106, September 1993) schrieben: „Was jetzt in Bosnien passiert, [ist] ein immer wieder auftretendes Phänomen in dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ... Daher ist die nationale Konsolidierung im Rahmen des Kapitalismus reduziert worden auf ihre reine Komponente von kommunalistischen Brutalitäten zur Vertreibung oder Vernichtung von Minderheitsnationalitäten.“

Aber eine ganze Reihe von „Tauben“ aus der Vietnam-Ära, von Liberalen und von radikalen Intellektuellen appellieren ausgerechnet an die kapitalistischen imperialistischen Herrscher, mit einer militärischen Intervention dem Balkan „Demokratie“ zu bringen. Zu diesem Haufen gehört ein gewisser Tim Wohlforth, früherer Führer der amerikanischen Workers League, dem US-Trabanten des inzwischen verstorbenen Gerry Healy und seines Internationalen Komitees der Vierten Internationale (IKVI). In seiner gegen-

Gorbatschow walzt Baltikum nieder

von Bill Vasin

Stoppt die stalinistische Unterdrückung nationaler Minderheiten!

Über die Unterdrückung der nationalen Minderheiten durch die stalinistische Sowjetunion...

Die Sowjetunion ist ein Land, das die nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten... (Text continues with analysis of Soviet policy towards minorities)

Hände weg von Litauen!

Die litauische Nation ist ein Volk, das die Unterdrückung durch die Sowjetunion... (Text continues with analysis of Lithuanian situation)

Heute sind der BSA und sein internationaler Führer David North gegen das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Im zweiten Kalten Krieg dagegen warfen BSA-Führer Rippert und Neue Arbeiterpresse Kohl vor, antikommunistische Nationalisten wie die litauische Sajudis nicht genug zu unterstützen

wärtigen Rolle als bekehrter Sünder und „wiedergeborener“ antileninistischer Sozialdemokrat rief Wohlforth unter der Überschrift „Give War a Chance“ (Gebt dem Krieg eine Chance) zur Intervention des US-Imperialismus in Bosnien auf (In These Times, 26. Juli 1993).

Wohlforths früherer Herr und Meister, Gerry Healy, war das vollendete Beispiel dafür, was Lenin einen „politischen Banditen“ nannte – durchaus fähig, mit trotzkistischer Orthodoxie heruzufucheln, wenn dies seinen Zwecken diene, und gleichermaßen fähig, der bezahlte Presseagent für eine Vielfalt bürgerlich-nationalistischer Regime im Nahen Osten zu sein (was er und seine Organisation viele Jahre lang waren). Vor fast zehn Jahren flog Healys Organisation auseinander, aber in dem erhitzten Austausch zwischen Healys einstmaligen Leutnants über ihre jeweiligen Reaktionen auf das Schlamassel auf dem Balkan kann man immer noch die Spur dieses selbsternannten „Gründerführers“ des IKVI erkennen. Die eine Seite ergreift offen Partei für den Nationalismus der bosnischen Muslime, die andere täuscht mit angeblichem Antinationalismus Orthodoxie vor, was sich aber als De-facto-Unterstützung für Imperialismus und nationale Unterdrückung entpuppt.

In den letzten paar Jahren standen Healys früherer „Theoretiker“ Cliff Slaughter und dessen Workers Revolutionary Party (WRP) an der Spitze der Kampagne „Workers Aid to Bosnia“ (Arbeiterhilfe für Bosnien). Lieferungen an das bürgerlich-nationalistische Regime der bosnischen Muslime zu schicken, von französischen und britischen imperialistischen Truppen mit blauen „UN“-Helmen eskortiert: Das nennt die WRP ein Beispiel für „Arbeiter-Internationalismus“! Wollte man diese Linie ernst nehmen, müßte man die frühere Tory-Premierministerin Margaret Thatcher – die die Trommel rührt für noch aggressivere Hilfe an die bosnisch-muslimische Regierung – in die Reihen der „proletarischen Internationalisten“ aufnehmen. Kurz gesagt, „Workers Aid to Bosnia“ ist nichts anderes als ein direktes Echo jener Kräfte der herrschenden Klasse, die gegenüber

Serbien eine aggressivere militärische Haltung einnehmen wollen, und ein Deckmantel für jene Kräfte.

Die „orthodoxe“ Ecke besetzt David North, der Wohlforth als Führer der Workers League ersetzte und jetzt das Oberhaupt der verschiedenen nationalen Fragmente ist, die das Erbe von Healys IKVI beanspruchen. Als Reaktion auf Slaughters „Workers-Aid“-Kampagne veröffentlichte Norths Gruppe eine lange Erklärung mit dem Titel: „Der Weg nach Tuzla – Wie Slaughters WRP den Imperialismus auf dem Balkan unterstützt“ (Mai 1994). Norths IKVI argumentiert korrekt, daß Kommunisten „unversöhnlich gegen das nationalistische Gift zu kämpfen [haben], das vom Kapitalismus ... verbreitet wird“, lauthals empören sie sich über ihre früheren Genossen: „Niemals zuvor hat eine Gruppe, die behauptet, trotzkistisch zu sein, direkt mit bürgerlichen Regimen ... zusammengearbeitet.“ Tatsächlich aber hat Healys IKVI vor einigen Jahren das Banner des Trotzkismus in solche Schweinereien hineingezogen – und das nicht ohne die Komplizenschaft eines gewissen David North.

Es ist kaum ein großer Sprung für Slaughter und die WRP, erst Lobgesänge auf Libyens Gaddafi, Iraks Saddam Hussein und die „Iranische Revolution“ des Ajatollah Chomeini anzustimmen und dann zu offenen Presseagenten für das islamische Regime des Alija Izetbegović in Sarajewo zu werden. Aber auch Norths Workers League war bis zum Hals darin verwickelt, die Scheichs und Obersten im Namen der sogenannten „Arabischen Revolution“ zu unterstützen. Wenn Norths IKVI es heute vorzieht, „orthodox“ zu werden, dann nur, weil es genau darin seinen opportunistischen Vorteil sieht.

Nach der Zerstörung der Sowjetunion, inmitten des imperialistischen Chors, der den „Tod des Kommunismus“ bejubelte, begann Norths Organisation damit, in schrillen Tönen verfaßte Erklärungen herauszugeben, die die Gewerkschaften als „direkte Agenten des Imperialismus“ abschieden. Jede einzelne andere Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung wurde als durch und durch bürgerliche Organisation betrachtet. Und wozu? Die offensichtliche Schlußfolgerung ist, daß man glauben soll, David North sei jetzt der alleinige unangefochtene proletarische Führer auf diesem Planeten. Jetzt, wo North als der größte marxistische Theoretiker posiert, schreibt er das Selbstbestimmungsrecht von Nationen als vollkommen rückschrittlich ab.

Proletarischer Internationalismus und das Recht auf Selbstbestimmung

Es kann keine demokratische Lösung für den blutigen nationalen Konflikt in Bosnien und anderen Gebieten Ex-Jugoslawiens geben außer einer tiefgreifenden, sozialistischen Revolution. Bosnien ist keine Nation, und es gibt kein bosnisches „Volk“. Vielmehr setzt sich Bosnien-Herzegowina aus drei bisher im gleichen Gebiet zusammenlebenden und eng verwandten Völkern zusammen – Serben, Kroaten und slawischen Muslime. Bosnien-Herzegowina, früher eine Provinz des Osmanischen und dann des Habsburger Reiches, wurde als eine Teilrepublik des titoistischen Jugoslawiens errichtet und sollte ein Modell für interethnische Harmonie sein. Jetzt, im Rahmen der kapitalistischen Konterrevolution, bedeutet die ausgeprägte gegenseitige geographische Durchdringung dieser verschiedenen Völker, daß die nationalen Rechte eines Volkes nur durch eine

wütende, auf Vertreibung ausgerichtete Verfolgung der anderen Völker verwirklicht werden können.

Während verschiedene sozialdemokratische und pseudotrotzkistische Organisationen die bosnischen Muslime unterstützen und einige übriggebliebene Stalinisten die Serben, sind wir als Kommunisten gegen *alle* Seiten in diesem nationalen und kommunalistischen Gemetzel. Wir sind natürlich notwendigerweise auch gegen jede imperialistische Intervention auf dem Balkan. Konkret bedeutet dies, daß unsere Organisation international für die Verteidigung der Serben gegen die wiederholten NATO-Luftangriffe eingetreten ist. Ebenso haben wir gefordert, daß alle UN-Truppen, auch die aus Jelzins Rußland, vom Balkan verschwinden, und das Ende der UNO/NATO-Blockade gegen Serbien verlangt. Die einzige Perspektive, die einen Weg aus diesem allseitigen Gemetzel weist, besteht darin, daß die Arbeiterklasse im ganzen früheren Jugoslawien durch einen internationalistischen Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans ihre bürgerlich-nationalistischen Führer stürzt.

Eine solche Perspektive zu verwirklichen, die proletarische Einheit zu schmieden und in die Arbeiterklasse des



Boni und Liveright

Die lettischen Schützenbataillone spielten in der bolschewistischen Revolution 1917 eine heldenhafte Rolle. Lenins Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung aller unterdrückten Nationen war Grundlage für die Einheit der russischen und nicht-russischen Arbeiter

Balkans revolutionäres Bewußtsein zu bringen erfordert eine Führung, die, mit Lenins Worten, als ein „Volkstribun“ handelt, der gegen jedes Anzeichen von Nationalismus, Chauvinismus und ethnischem Haß kämpft. Nur so kann den verschiedenen konkurrierenden Nationalismen der Boden entzogen werden, und die gemeinsamen Klasseninteressen *aller* Werktätigen können in den Vordergrund treten. Genau in diesem Sinne trat die bolschewistische Partei für das Recht auf Selbstbestimmung für die unzähligen Nationen und Völker ein, die im zaristischen Reich eingekerkert waren.

Aber gerade eine solche Führung haben die North-Leute nicht im Angebot, und sie könnten das auch gar nicht. Zwar schreiben sie: „Die starke internationalistische Tradition des jugoslawischen Proletariats muß auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse und eines revolutionären Programms wiederbelebt werden“, aber in „Der Weg nach Tuzla“ schreiben sie gleichzeitig die ganze Frage der Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung als einen Anachronismus ab, der in der heutigen „Weltwirtschaft“ nicht anwendbar sei:

Fortgesetzt auf Seite 18

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 17

„Politische Begriffe, die in einer Periode einen ganz bestimmten sozialen und Klasseninhalt hatten, bekommen oft in der darauffolgenden Periode eine ganz andere Bedeutung. Das gilt auch für die Parole des ‚Rechts auf Selbstbestimmung‘...“

Wer die Forderung nach Selbstbestimmung durch nationalen Separatismus und bürgerliche Herrschaft vertritt, ist für die weltweiten Auswirkungen einer solchen Parole verantwortlich. Dieses ‚Recht‘ wird von den Imperialisten und ihren Armeen in anderen Teilen des Balkan und in der ganzen Welt ‚verteidigt‘ werden.“

Die North-Leute gehen über Bosnien hinaus und argumentieren gegen das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir, den Punjab und andere Nationen, die im „Völkergefängnis“ des indischen bürgerlichen Staates eingesperrt sind. In ähnlicher Weise wenden sie sich gegen die nationalen Rechte der Tamilen in Sri Lanka und der Québécois in Kanada.

Die IKVI-Erklärung beruft sich auf die Autorität der marxistischen Bewegung und Lenins. Aber in Wirklichkeit ist die Position der North-Leute rein chauvinistisch, sie akzeptiert die Herrschaft der herrschenden Nation in multinationalen Staaten. Oder wie es Lenin in „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (1914) ausdrückt: „Die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d.h. der Lostrennung der Nationen, [bedeutet] nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung“.

Weit davon entfernt, zu einer Art Anachronismus geworden zu sein, hat die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung eher an Bedeutung gewonnen. Die Eskalation interimperialistischer Rivalitäten infolge des Zusammenbruchs der früheren Sowjetunion, der Drang der Großmächte zur Neuaufteilung der Welt in regionale Handelsblöcke und die zunehmende Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer der „Dritten Welt“ *verstärken* für Kommunisten die Notwendigkeit, für die Rechte neokolonialer und unterdrückter Nationen zu kämpfen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfes voranzutreiben.

Norths IKVI und nationalistische Reaktion

Die North-Leute versuchen, sich in die Erklärung zu flüchten: „Besonders in Osteuropa und der früheren Sowjetunion tritt der Nationalismus heute als Bestandteil jener rückwärts gewandten Tendenz auf, die sowohl die Vorherrschaft des Imperialismus als auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen sucht.“ Aber die nationalistische Reaktion ist nicht einfach nur ein Produkt der Konterrevolution. Sie war auch eine treibende Kraft für die Restauration des Kapitalismus in den früheren stalinistisch regierten Arbeiterstaaten. Im letzteren Fall gehörte Norths Organisation zu den größeren Fans von Nationalismus.

Jahrzehntelang heulten die imperialistischen Herrscher über die „Unterdrückung“ der sogenannten „Nationen in Gefangenschaft“, die sie als einen Rammbock zur Zerschlagung des früheren Sowjetblocks ansahen. Und die North-Anhänger heulten mit ihnen gemeinsam. Als 1979/80 die sowjetische Armee in Afghanistan intervenierte, sagten wir Spartakisten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“, und bemerkten, daß dies die – allerdings nicht eingetretene – Möglichkeit mit sich brachte, die Ketten der feudalen islamischen Reaktion zu sprengen und die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf dieses schrecklich rückständige Land auszuweiten. Im Gegensatz dazu jammerten die North-Leute im Chor mit US-Präsident Jimmy Carter, die sowjetische Intervention sei ein Angriff auf „die nationalen

Rechte und Gefühle des afghanischen Volkes“ (*Bulletin*, 8. Juli 1986). Aber es gab keine afghanische „Nation“, und die Leute, deren „Rechte“ angegriffen wurden, waren eine Clique von Stammeshäuptlingen und islamischen Mudschaheddin, die von der CIA finanziert wurden.

Zusammen mit dem Vatikan und der CIA nahm sich Norths Workers League der konterrevolutionären Sache der Pilsudski verehrenden, nationalistischen Solidarność in Polen an und bejubelte sie als „eine unerschrockene, junge, kraftvolle und unabhängige Gewerkschaftsbewegung“ (*Bulletin*, 15. September 1981). 1990 agierten sie als Echo verrückt gewordener Antikommunisten wie US-Senator Jesse Helms, als sie den damaligen Präsidenten George Bush dafür angriffen, daß er sich weigerte, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Sowjetunion zu ergreifen, nachdem diese gegen die rechtsgerichtete nationalistische Sajudis-Regierung in Litauen hart durchgegriffen hatte.

Ein Artikel mit der Überschrift „Gorbatschow verstärkt die stalinistische Aggression gegen Litauen“ (*Bulletin*, 30. März 1990) zeterte, die „Bush-Regierung hat sich eindeutig geweigert, die sowjetischen Militäraktionen in Litauen in irgendeiner Weise zu verurteilen“. Wie wir in unserem Artikel „Imperialisten wollen baltische Staaten an sich reißen“ (*Spartakist* Nr. 83, Februar 1991) schrieben:

„Als Leninisten und Internationalisten stehen wir für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht jeder Nationalität mit einer Führung, die sich der Konterrevolution *entgegenstellt*, sich aus der Union zurückzuziehen, in dem Maße, wie sie es für richtig hält. In Litauen und den anderen baltischen Republiken wird der Deckmantel der ‚nationalen Unabhängigkeit‘ jedoch dazu benutzt, die kapitalistische Restauration zu verhüllen. Und das muß bekämpft werden...“

Um den Zerfall der UdSSR inmitten brudermörderischem Nationalismus zu verhindern, ist es notwendig, den *proletarischen Internationalismus* wieder aufzugreifen, der die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki mit Leben erfüllte.“

Die nationalistischen Bewegungen in Litauen, Lettland und Estland, die ihre eigenen unabhängigen kapitalistischen Staaten etablieren wollten, hatten ihr eigenes Programm der „ethnischen Säuberung“ und forderten die Unterdrückung jeglicher Rechte anderer Völker (Russen, Ukrainer, Belorussen, Juden, Polen und anderer) innerhalb dieser Staaten, wenn sie nicht sogar offen für deren gewaltsame Vertreibung eintraten. Aber das hat damals die North-Anhänger nicht sehr gestört.

Jetzt versuchen sie, sich als den Inbegriff des proletarischen Internationalismus zu präsentieren. Dies ist nicht nur ein monumentaler Betrug, die neu entdeckte Opposition des IKVI gegen Nationalismus ist auch weder „orthodox“ noch irgendwie vage links. Statt dessen spiegelt ihre Position wieder einmal die der imperialistischen Herrscher wider. Der internationale Kapitalismus, der gestern noch dem reaktionären Nationalismus in Osteuropa und der Ex-Sowjetunion half und Vorschub leistete, ist heute überhaupt nicht glücklich darüber, daß die Beute, die man aus dem Sieg der kapitalistischen Konterrevolution herauszuschlagen gedachte, jetzt in einem Meer von blutigen, durch Nationalismus angefachten, regionalen Konflikten versinkt. Zwar schreien die imperialistischen Herrscher Zeter und Mordio über das „arme kleine Bosnien“, aber im allgemeinen schimpfen sie jetzt über genau die nationalistischen Kräfte, die von ihnen geschürt wurden. Und die North-Anhänger schließen sich dem Chor an.

War Gerry Healy an allem schuld?

In seinem Artikel „Permanente Revolution und die nationale Frage heute“ (*The Fourth International*, Winter/

10. JAHRESTAG DER LIBYSCHEN REVOLUTION

Der Tag der arabischen Einheit

ENE Wochenschrift feierte Libyens 10. Jahrestag der Revolution, die am 1. September 1969 unter Führung von Oberst Muammar Ghaddafi den von den Imperialisten gestützten König von Libyen zu Fall brachte.

Die Revolution hat die Libyer von der Unterdrückung durch die imperialistischen Mächte befreit und ihnen die Möglichkeit gegeben, ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Die Revolution hat die Libyer von der Unterdrückung durch die imperialistischen Mächte befreit und ihnen die Möglichkeit gegeben, ihre eigene Zukunft zu bestimmen.



Liebe Genossen,

zur Umwandlung der früheren Botschaft in ein Volksbüro der Libyschen Jamahiriyah möchten wir Euch unsere brüderlichen Glückwünsche und revolutionären Grüße entsenden. Sie ist nicht nur ein wichtiger Schritt vorwärts für die libysche Bevölkerung vom 1. September 1969; die Ablösung der revolutionären Gesellschaft, die in ihrer Art noch aus der alten, überholten Gesellschaft stammte, durch ein Volksbüro, das wie die revolutionäre Führung unter Colonel Muammar Ghaddafi, das wie die revolutionäre Führung teressen des Volkes vertritt, bedeutet vielmehr gleichzeitig einen In-Schlag gegen den Imperialismus und sein reaktionäres System der Geheimdiplomatie.

Wir verstehen sie deshalb als eine Stärkung aller revolutionären Kräfte, die gegen den Imperialismus und Zionismus kämpfen und versichern Euch die Unterstützung des Bunds Sozialistischer Arbeiter, der deutschen Sektion des Internationalen Neuen Arbeiterpresse, auf diesem prinzipiellen und progressiven Weg!

Mit sozialistischen Grüßen für das Zentralkomitee des Bunds Sozialistischer Arbeiter

Uli Rippert

Volle Unterstützung für Übernahme der Botschaften

Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat die Übernahme der Botschaften durch die Libysche Jamahiriyah als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der arabischen Revolution begrüßt. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat die Übernahme der Botschaften durch die Libysche Jamahiriyah als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der arabischen Revolution begrüßt.

Als der Volksa einen König s

Die Hinrichtung des Sozialisten Nick Beams in Libyen am 21. Juni 1979 ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der arabischen Revolution. Die Hinrichtung des Sozialisten Nick Beams in Libyen am 21. Juni 1979 ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der arabischen Revolution.

Neue Arbeiterpresse Nr. 144, 28. September 1979

| | |
|---|-------------|
| Libyen | £ 542 267 |
| Kuwait | 156 500 |
| Katar | 50 000 |
| Abu Dhabi | 25 000 |
| PLO | 19 997 |
| Irak | 19 697 |
| Unidentifizierte und andere Quellen | 261 702 |
| Summe | £ 1 075 163 |

abgedruckt in *Workers News*, April 1988

Healys Blutgeld: Das Internationale Komitee von Healy/North agierte als bezahlter Agent blutiger arabischer bürgerlicher Regime, das Libyens starken Mann Gaddafi hochjubelte und die Hinrichtung irakischer Kommunisten durch Saddam Hussein rechtfertigte

Frühjahr 1994) erklärt David North, Healys WRP „verriet systematisch die Grundsätze des Trotzismus, indem sie das Proletariat ... bürgerlichen Regimen wie denen von Libyen, Iran und Irak unterordnete“. Davon ausgehend meint er, nur die „Spaltung innerhalb des Internationalen Komitees machte es möglich, die gesamte historische Bedeutung der ‚nationalen Befreiungsbewegungen‘ und ihre Beziehung zum Proletariat und zur Perspektive der sozialistischen Revolution erneut intensiv zu untersuchen.“

North hat sicherlich eine dehnbare Auffassung von seiner eigenen Geschichte – ähnlich wie die Beziehung seiner Organisation zu jeder Frage marxistischer Grundsätze oder proletarischer Moral. Seine Unterstützung für bürgerlich-nationalistische Kräfte war alles andere als abstrakt. 1979 druckte Norths *Bulletin* Artikel aus *Healys News Line* ab, in denen die Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei durch die Regierung von Saddam Husseins Ba'ath-Partei bejubelt wurde. Das *Bulletin* und *Neue Arbeiterpresse* (8. Juni 1979) druckten sogar ein offizielles irakisches Kommuniqué aus der *News Line* ab mit der grotesken Überschrift: „Die Fehler der irakischen kommunistischen Partei“. Im gleichen Jahr feierte die Workers League den „Zehnten Jahrestag der Libyschen Revolution“ und schickte ein Telegramm an Gaddafi, in dem seine „progressive sozialistische Politik“ gepriesen wurde. Das IKVI, einschließlich North und seiner gegenwärtigen Kumpane, begeisterte sich auch für „den antiimperialistischen Inhalt des Kampfes, den Chomeini führt“ – d. h. den „Kampf“ des iranischen Ajatollahs für eine islamische Republik (soweit wir wissen, war dieses Lob gratis).

Healys finanzielle Verbindungen zu arabischen Regimen waren schon lange vor der Implosion seiner Workers Revolutionary Party in Britannien 1985 ein berüchtigter Skandal in der Linken. Was die sogenannte „Spaltung“ des IKVI betrifft, so könnte man dies treffender als einen Streit unter Dieben beschreiben. Healy wurde rausgeschmissen, North eilte herbei, um seinen Anspruch als „Führer“ des IKVI zu erheben, und Slaughter nahm den Namen WRP und machte sich aus dem Staub. Schon jahrelang versuchen North & Co. ihren Namen reinzuwaschen, indem sie behaupteten, sie hätten keine Ahnung davon gehabt, daß Healy bezahlt wurde für seine Rolle als Publicity-manager von Hussein, Gaddafi und anderen. Mit anderen Worten, ihre Verteidigung besteht darin, daß sie genau die

gleichen trotzkistischen Grundsätze verrieten – außer daß sie es im Unterschied zu Healy kostenlos taten! Aber selbst diese „Verteidigung“ erscheint ziemlich fadenscheinig, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel Norths Kollege Nick Beams, Führer der australischen Socialist Labour League, im Februar 1986 vom Zentralkomitee seiner eigenen Organisation getadelt wurde, weil er versäumt hatte, dem IK über den Erhalt von Geldern von arabischen Regimen zu berichten (*Socialist Labour League Internal Bulletin*, Februar 1986).

Um sich ein Alibi zu verschaffen für ihre frühere Unterstützung einer ganzen Vielfalt reaktionärer nationalistischer Interessen und Regime, tut Norths IKVI heute so, als ob Nationalismus erst kürzlich zu einer „rückschrittlichen Tendenz“ geworden sei. Im „Weg nach Tuzla“ schreiben sie über die „progressive, einigende Charakteristik der nationalen Bewegungen der Epoche, in der Lenin seine Parole der Selbstbestimmung der Nationen entwickelte“. Aber wenn Lenin zur militärischen Unterstützung für nationale Bewegungen aufrief, die gegen imperialistisch-kolonialistische Unterjochung kämpften, lobte er niemals ihren angeblichen „progressiven, einigenden Charakter“. Im Gegenteil, in seinem „Entwurf der Thesen zur Nationalen und Kolonialen Frage“ für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale (1920) rief Lenin dazu auf,

„einen entschiedenen Kampf zu führen gegen die Versuche, den bürgerlich-demokratischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern einen kommunistischen Anstrich zu geben. Die Kommunistische Internationale darf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistische Parteien sind, in allen zurückgebliebenen Ländern gesammelt und im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation, erzogen werden.“

Die Bolschewiki verfochten das Recht auf Selbstbestimmung, nicht um die Sache des Nationalismus zu fördern, sondern um die proletarische Klasseneinheit zu fördern. Die grundlegenden Aussagen einer marxistischen Position zur nationalen Frage in der Epoche des Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 20

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 19

wurden von Lenin in „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ hervorgehoben: „einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert“.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine rein bürgerlich-demokratische Forderung und dementsprechend ein untergeordneter Teil eines revolutionär-internationalistischen Programms. Diese Frage stellte sich den Bolschewiki nach der Russischen Revolution 1917 ganz direkt in der Ukraine und im Kaukasus. In letzterem Gebiet suchten und erhielten die seit kurzem unabhängigen bürgerlichen Regime direkte militärische Unterstützung der Imperialisten – zunächst der Deutschen und dann der Briten –, was eine unmittelbare Bedrohung für die Revolution darstellte. Gegen Ende des Bürgerkriegs eroberten die Bolschewiki in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Macht durch eine Kombination von lokalen Aufständen und der Intervention der Roten Armee. Wie Trotzki zwei Jahrzehnte später schrieb, „war die gewaltsame Sowjetisierung gerechtfertigt: Der Schutz der sozialistischen Revolution hat Vorrang vor formalen demokratischen Grundsätzen“ („Bilanz der finnischen Ereignisse“, April 1940, in *Verteidigung des Marxismus*).

Die „Weltwirtschaft“

Neben der Behauptung, seine neu entdeckte „Weisheit“ zur nationalen Frage rühre daher, daß man Healy losgeworden sei, nimmt das IKVI für seinen Linienwechsel auch eine „neue Weltrealität“ in Anspruch:

„Umfassende Veränderungen in der Weltwirtschaft und der weltpolitischen Lage haben auch zu entsprechenden Veränderungen im Charakter nationaler Bewegungen geführt...“

Kann man ernsthaft argumentieren, daß das erneute Aufbrechen von ethnischen Chauvinismus auf dem Balkan, oder auch in der ehemaligen Sowjetunion oder auf dem indischen Subkontinent, ein Ausdruck von Bestrebungen sei, die Erblast imperialistischer und feudaler Vorherrschaft zu beseitigen? Kann man heute davon sprechen, daß die nationale Bourgeoisie von Bosnien, Kasachstan oder Kaschmir ‚den Binnenmarkt erobern‘ wolle, wodurch die Bedingungen für den ‚Sieg der Warenproduktion‘ und damit für eine umfassendere Entwicklung des Klassenkampfes geschaffen würden?“

Die Vorstellung von einer „Ära weltweiter Wirtschaftsintegration“, die North präsentiert, als ob sie nur ein weiterer seiner einzigartigen „theoretischen Durchbrüche“ sei, kennt man in der marxistischen Bewegung inzwischen seit über einem Jahrhundert. Sie ist auch als Imperialismus bekannt!

Bis in die Mitte der 1880er Jahre beurteilten Marx und Engels nationale Bewegungen nach deren Fähigkeit, moderne unabhängige Nationalstaaten zu konsolidieren, die für die ökonomische Entwicklung günstig waren. Aber mit der Entwicklung des Imperialismus änderte sich die Herangehensweise. Marx und Engels begannen dies anzusprechen im Zusammenhang mit der Frage der irischen Unabhängigkeit. Marx schrieb in einem Brief über die irische Frage 1869, daß „es das direkte, absolute Interesse der englischen Arbeiterklasse ist, von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen... während andererseits die englische Reaktion in England... in der Unterjochung Irlands wurzelt.“

Marx' Position zu Irland wurde von Lenin in seinen Schriften zur nationalen Frage weiterentwickelt. Für Lenin hatte die Frage der Selbstbestimmung nichts zu tun mit der

Fähigkeit, eine moderne, wirtschaftlich unabhängige kapitalistische Nation zu entwickeln. Tatsächlich polemisierte er recht ausführlich gegen Rosa Luxemburg, die erklärte, mit der Entwicklung des Imperialismus sei Selbstbestimmung eine „illusorische“ Forderung geworden. In „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ antwortete Lenin:

„Nicht nur die kleinen Staaten, sondern beispielsweise auch Rußland sind ökonomisch völlig von der Macht des imperialistischen Finanzkapitals der ‚reichen‘ bürgerlichen Länder abhängig. Nicht nur die Miniaturstaaten des Balkans, sondern auch Amerika war im 19. Jahrhundert, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas, wie schon Marx im ‚Kapital‘ aufgezeigt hat... Rosa Luxemburg setzte an Stelle der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit, die Frage ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit.“

Aber im Gegensatz zu den North-Anhängern war Rosa Luxemburg von echtem proletarischem Internationalismus erfüllt. Auch wenn sie unrecht hatte, so war ihre tief empfundene Opposition gegen das Recht auf Selbstbestimmung motiviert durch Abscheu vor den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen nationalistischen Kräften in Polen (Kräfte, denen ein paar Jahrzehnte später die North-Leute zjubeln würden im Namen der Solidarność-Konterrevolution).

Lenin erkannte, daß der Imperialismus die Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, in der die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und das Entstehen einer kraftvollen Bourgeoisie durch imperialistische Ausbeutung und Vorherrschaft über die rückständigeren kapitalistischen Länder unterdrückt wird. Das Verständnis, daß die nationalen Bourgeoisien dieser Länder unfähig sind, die elementarsten bürgerlich-demokratischen Aufgaben wie echte nationale Unabhängigkeit, durchzuführen, gehört zum ABC des Trotzismus – tatsächlich ist es eine grundlegende Untermauerung von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution.

Natürlich haben nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion sehr reale Veränderungen in der Welt stattgefunden. Der unerbittliche Drang, den sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören, schuf einen gemeinsamen Bezugspunkt für die verschiedenen imperialistischen Mächte. Seit dieser nicht mehr existiert, sind die interimperialistischen Rivalitäten eskaliert. Das weltweite System des „freien Handels“ – der ökonomische Kitt, der die von den USA dominierte antisowjetische Allianz zusammenhielt – ist zerbröckelt, da die Großmächte versuchen, die Welt in regionale Handelsblöcke neu aufzuteilen. Aber was hier passiert, ist nicht „neu“. Die Welt nach dem Kalten Krieg ähnelt vielmehr zunehmend der Welt vor 1914 mit ihren verschärften interimperialistischen Rivalitäten, die sich mit regionalen nationalistischen Konflikten überlagern.

Die sogenannte „Globalisierung der Produktion“ – d. h. der Export von Kapital – bedeutet einfach, daß die Kapitalisten große Teile der Industrie in Niedriglohnländern der „Dritten Welt“ verlegt haben. Dies ist es, was zum Beispiel der Versuch der umfassenden Übernahme Mexikos durch den US-Imperialismus unter den Bedingungen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens bedeutet. Die gegenwärtige Situation stellt überhaupt keine Negation der leninistischen Position zur nationalen und kolonialen Frage dar, sondern unterstreicht nur, wie wichtig es für Kommunisten ist, die Rechte neokolonialer und unterdrückter Nationen gegen imperialistische Verwüstung zu verteidigen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfes zu fördern.

[WIRD FORTGESETZT]

Deutsche „Linke“...

Fortsetzung von Seite 10

aggressiven Form entgegen, wie er von den Kriegshetzern von SPD und Grünen ausgedrückt wird. Aber der „Pazifismus“ der Deutschland-einig-Vaterlandsverteidiger der PDS ist nichts weiter als proimperialistisch. Sie war jahrelang für die Wirtschaftssanktionen der UNO, mit denen in Kinkels Worten „Serbien in die Knie“ gezwungen werden sollte, und stand damit in einer Kriegsfront mit den deutschen Imperialisten. Schon beim Golfkrieg 1991 unterstützte sie die UN-Blockade gegen den Irak, mit der nach der High-Tech-Verwüstung von Bagdad über 200 000 Menschen zu Tode gehungert wurden und die unter der Ägide der Vereinten Nationen bis heute anhält. Jetzt fordert Parteichef Bisky in einem Brief an Kohl (14. September) die Aufhebung des antiserbischen Wirtschaftsembargos: Während der wochenlangen NATO-Bombardierung hat Serbenführer Milošević wohl auch ihm bewiesen, daß er selbst bei Massakern und Massenvertreibungen der bosnischen Serben das UN-Stillhalteabkommen erfüllt.

Trotzki warnte bereits, daß „der Pazifismus der Sozialdemokratie sich beim ersten Kanonenschuß in Kriegsdienerei verwandelt und zur wichtigsten Reserve des Militarismus wird. Deshalb bedeutet der unversöhnlichste Kampf gegen den Pazifismus, die Entlarvung seines treubruchigen Charakters, den ersten Schritt auf dem Wege des revolutionären Kampfes gegen den Krieg“ (Erklärung der Bolschewiki-Leninisten zum Antikriegskongreß in Amsterdam, 25. Juli 1932). Die PDS will genau wie bei der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 den Massen vorgaukeln, daß es einen „friedlichen“ und „rationalen“ Imperialismus geben könnte. Aber auch der Zweite Weltkrieg im Pazifik fing „nur“ mit einem Wirtschaftsembargo an und endete mit Hiroshima. Die blutrünstigen Imperialisten warfen, *nachdem* Japans Bereitschaft zur bedingungslosen Kapitulation bereits bekannt war, die Atombombe ab als Drohung gegen die Sowjetunion und um die amerikanische Vorherrschaft zu demonstrieren.

Die PDS nimmt heute die gestrige Position der nationalistischen „Friedens“bewegung ein, deren Sprecher inzwischen zu den wütendsten Kriegshetzern geworden sind. Wie wir bereits Anfang der 80er Jahre im *Spartakist* hervorhoben, war der Nationalismus der „Friedens“bewegung bereits bei den Protesten gegen amerikanische Pershings und sowjetische SS-20 vorhanden. Mit ihrem Antiamerikanismus und Antisowjetismus war sie ein Ausdruck des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus. Daß auch zehn Jahre später die beiden Pole der proimperialistischen „Friedens“front nicht weit voneinander entfernt liegen, trotz der PDS-Forderung nach „Bundeswehr raus“, zeigte sich auf groteske Weise am 1. September in Berlin. Erst in allerletzter Minute spalteten sich PDS und Jusos von einer gemeinsamen Demonstration „gegen den Krieg in Bosnien“ ab, bei der als SPD-Hauptredner Freimut Dube auftrat, der für den Einmarsch der Bundeswehr ist. Und schon in einem *taz*-Gastkommentar am 19. August kündigte Gregor Gysi den nächsten Schritt der PDS an, als er Militärinterventionen nur so lange ablehnte, „bevor nicht wirklich alles andere versucht wurde“. Er ist für „einen wirksamen Waffen- und Energieboykott“ gegen das ehemalige Jugoslawien, und „wenn wirklich irgendwo auf der Welt eine militärische Intervention unabdingbar wird“, dann will er „internationale Streitkräfte einer reformierten UNO“ einsetzen. Soviel zur angeblichen Opposition der PDS zur Bundeswehr.

Die vorgeblich trotzistische „Linke“ demonstrierte bestenfalls ihre „Neutralität“ gegenüber dem imperialistischen Gemetzel, sofern sie nicht wie die Winz-Gruppe Arbeitermacht (GAM) und der Revolutionär Sozialistische

Bund (RSB) überhaupt im Lager des „armen kleinen Bosnien“ versackt ist. Gruppen wie die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und die Internationalistisch Sozialistische Organisation (ISO, Nachfolger der SAG) lehnen zwar diese inbrünstige Parteinahme für die von Bundeswehr/NATO/UNO unterstützte muslimisch-kroatische Seite des Bürgerkriegs ab. Aber die „Neutralität“ dieser Gruppen aus dem direkten SPD-Umkreis, die sich nicht zwischen den imperialistischen Terrorbomben und den bosnischen Serben, die bombardiert werden, entscheiden können, legt die Basis für eine Einheit mit SPD-„Kriegsgegnern“ wie Ehmke und Lafontaine, mit pazifistischen Grünen und mit der PDS, die allesamt für die neokoloniale imperialistische Aufteilung des Balkans sind. Zu diesem Zweck machen sie auch bei der Hexenjagd gegen die Kommunistische Plattform der PDS mit. So verteilte die ISO am 1. September ein Hetz-Flugblatt, das mit „Stalinistische Plattform“ unterschrieben war.

Workers Aid: Hilfstruppen des Imperialismus

Als Stunde für Stunde die NATO-Bomben auf die bosnischen Serben regneten, forderten die Izetbegović-Anhänger der GAM „Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH [Bosnien-Herzegowina] – ohne alle daran geknüpften Bedingungen!“ (*Arbeitermacht*, September 1995). Und genau am 14. September, als die Izetbegović/Tudjman-Koalition unter imperialistischem Bombenschutz ihren massiven

Sieg den BiH-Truppen in ihrem Kampf um die Wiedergewinnung der von der bosnisch-serbischen Armee ethnisch gesäuberten Gebiete! Keine Hoffnung auf den Imperialismus! Keine Kampfeinstellung auf Kommando der Imperialisten!

arbeitermacht weicht aller Flüchtlinge und Opfer ethnischer Säuberungen, inklusive der Serben, zur Rückkehr in ihrer Heimat für multi-ethnische Milizen in allen gemischt-ethnischen Gebieten zur Verteidigung aller Nationalitäten!

Weg mit dem Waffen-Embargo! Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH - ohne alle daran geknüpften Bedingungen!

Nr. 39, September 1995

Während der Bodenoffensive der kroatisch/muslimisch-bosnischen Truppen rief Gruppe Arbeitermacht zu „Solidaritätsaktionen“ mit imperialistischen Marionetten auf

Vormarsch startete und Zehntausende bosnische Serben in die Flucht jagte, rief die GAM auf ihrer Veranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Berlin zusammen mit der Splitter-Abspaltung Sozialistische Liga dazu auf, „Arbeiterhilfe für Bosnien“ zu organisieren unter der Forderung „Weg mit dem Waffenembargo“, die darauf abzielt, militärische Unterstützung durch die Imperialisten zu erhalten. Diese Anhänger der „neuen Weltordnung“ nannten die Spartakist-Position einen „infantilen Antiimperialismus“, für sie nur ein Relikt aus verstaubten Lenin-Bänden.

Mit Spiegelfechtereie und Vernebelung läßt die GAM die elementare Aufgabe proletarischer Internationalisten verschwinden, die deutschen und anderen imperialistischen Bourgeoisien durch die *Verteidigung* der bosnischen Serben zu bekämpfen. Ihre britische Mutterorganisation Workers Power sagt offen, „im Krieg zwischen der NATO und der

Fortgesetzt auf Seite 22

Deutsche „Linke“ ...

Fortsetzung von Seite 21

Republica Srpska beziehen Revolutionäre weiterhin eine revolutionär-defätistische Position auf beiden Seiten“ (*Workers Power*, Juli/August 1995). Das heißt, in einem imperialistischen Krieg gegen eine kleine Nationalität sind sie angeblich neutral, aber haben in Wirklichkeit eine starke proimperialistische Ausrichtung. Ihre Rechtfertigung lautet: „Die strategischen Ziele jeder Seite sind reaktionär“, was den Imperialismus praktisch auf eine Frage der Politik reduziert. Mit dieser Methode würden sie die NATO-Imperialisten unterstützen, wenn diese doch nur eine harte Haltung einnehmen und die Zwangsintegration der bosnisch-serbischen Bevölkerung in ein einheitliches „multiethnisches Bosnien“ fordern würden, das von der muslimisch dominierten Regierung geführt wird, für die GAM/WP tatsächlich Seite beziehen.

Wie man beim Vormarsch der bosnisch-muslimischen Truppen ganz gut beobachten konnte, war das „Waffenembargo“ gegen das muslimische Bosnien schon seit langem ein löchriges Sieb, im Gegensatz zu den sehr realen Wirtschaftssanktionen der Imperialisten gegen Serbien. Und was die pathetische Forderung der GAM nach Abzug von Bundeswehr, NATO und UNO betrifft: Sie ist verbunden mit der Aufforderung an die UN-Truppen, „ihr gesamtes militärisches Gerät an die bosnische Regierung“ zu übergeben. Die GAM hat nur damit Probleme, daß die imperialistische Intervention nicht weit genug geht. Mit ihrer Forderung „Sieg den BiH-Truppen in ihrem Kampf um die Wiederengewinnung der von der bosnisch-serbischen Armee ethnisch gesäuberten Gebiete“ geht sie mit dem Muslim-General Mehmed Alagić konform, der es so formulierte: „Wir setzen auf Krieg – wir brauchen keine Nato mehr“ (*Spiegel*, 18. September). Die jetzigen Bombardierungen entsprechen der Kampagne der GAM, daß die Imperialisten Waffen an die bosnische Regierung liefern soll. Jetzt kriegen die Serben das ab, wonach die GAM gierte: imperialistischen Mord.

Der RSB, der mit dem „Vereinigten“ Sekretariat des kürzlich verstorbenen Ernest Mandel verbunden ist, stellt nicht einmal pro forma die Losung nach Abzug der UNO auf. Eine Erklärung des Politischen Sekretariats des RSB beschwert sich: „UNO und NATO tolerieren diese verbrecherische Politik der ‚ethnischen Säuberungen‘“ (*Avanti*, September 1995). Was ist das anderes als bestenfalls eine unglaubliche Verniedlichung der blutrünstigen NATO und der UN-Intervention, die für die Hungerblockade gegen Serbien verantwortlich ist. Die LCR, französische Schwesterorganisation des RSB, lobt sogar offen die „beruhigende Anwesenheit“ der NATO-Flugzeuge und beschwert sich noch darüber, daß „die serbische Schlagkraft, und insbesondere ihre Fähigkeit, ihre Terrorkampagne in Sarajevo wiederaufzunehmen, quasi unangetastet ist“ (*Rouge*, 14. September).

Allerdings behauptet das Politische Komitee des RSB in einer zweiten Erklärung in der September-Ausgabe, im nationalistischen Bürgerkrieg auf dem Balkan keines der konkurrierenden Regime zu unterstützen. Das wäre neu. Aber wahr ist es nicht. Am Ende der Komitee-Erklärung erscheint erneut der Aufruf zur Unterstützung der britischen Kampagne „International Workers Aid“, die unter dem Schutz der UN-Truppen Konvois mit Hilfsgütern nach Tuzla schafft (einem strategischen Ort für Izetbegović, um den Posavina-Korridor dichtzumachen). Die französische LCR berichtet begeistert über dieses Tuzla-Unternehmen: „Wir fahren vorbei an vielen Wagen der UNO, die überall im Gebiet anwesend sind, und treffen etwa 20 Kontrollpunkte der Armija, der bosnischen Armee, die uns in den

schwierigen Passagen begleiten wird. Wir werden mit viel Sympathie von diesen Männern und wenigen Frauen in Uniform willkommen geheißen, die sich wie die Verteidiger ihres Volkes gegen die barbarische nationalistische Aggression verhalten.“

Wen, glauben die VSler, mit den verlogenen Etiketten „multi-ethnisch“ und „Arbeitersolidarität“ täuschen zu können? Vielleicht gerade noch eine Gruppe Spartakus, die dieser Kampagne einen „Ausdruck eines wirklich internationalistischen Impulses“ (*Bolschewik*, April 1995) abgewinnen will. Aber wie wir in „Workers Aid for Bosnia: Was dahinter steckt“ (*Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994) schrieben: „Welche Reste von Säkularismus und Einheit über kommunalistische Fronten hinweg in Städten wie Tuzla noch existieren mögen, sie wurden überschwemmt von nationalistischen und kommunalistischen Kräften aller Seiten, auch denen der bosnischen Regierung.“ Der RSB setzt das Wort „Workers“ vor seine Konvois und schließt sich dem Troß von Außenminister Kinkel an, der ebenfalls seit Monaten „Hilfskonvois“ nach Tuzla finanziert und schickt (*Süddeutsche Zeitung*, 17. Juli).

Für diese Leute, die jahrelang versucht haben, die eigene Bourgeoisie unter Druck zu setzen, ist Opposition gegen den Imperialismus ein Fremdwort geworden. Laut *Avanti* wäre ein Kampf für „eine sozialistische Balkanföderation“ nur „leere Propaganda und letztlich politische Abstinenz“ (September 1995). Weil sie sich darauf nicht „beschränken“ wollen, bleibt ihnen nur die Wahl, andere Klassenkräfte zu unterstützen; im ehemaligen Jugoslawien bedeutete dies die Unterstützung der bürgerlichen Nationalisten. So bejubelte eine VS-Resolution bis vor kurzem die kroatisch-muslimische Föderation als „in Ansätzen eine Alternative zu den Plänen der Aufteilung Bosniens“ (*Inprekorr*, Mai 1995). Kurz darauf marschierten Tudjman's Truppen in der Krajina ein und vertrieben 200 000 bosnische Serben. Unter dem Schutzschild der NATO-Bomben folgte die „ethnische Säuberung“ von über 100 000 Serben aus Westbosnien durch die Bodentruppen von Tudjman/Izetbegović.

Hier haben wir das skandalöse Schauspiel von „Linken“ und sogar vorgeblichen Trotzlisten, die nach einer imperialistischen Intervention Ausschau halten, um eine Seite in einem nationalistischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Dies spiegelt auf breiterer Ebene wider, daß sie die kapitalistische Lüge über den „Tod des Kommunismus“ geschluckt haben. Weil sie denken, ein Kampf für sozialistische Revolution sei unmöglich, sind sie für ein demokratisches, „multiethnisches“, angeblich nicht-nationalistisches (kapitalistisches) Bosnien – was wirklich unmöglich ist. Ihr Programm beschränkt sich auf „Demokratie“, d. h. das Programm der imperialistischen Liberalen, und wenn es darauf ankommt, landen sie mit ihnen im gleichen militärischen Lager.

Mit ihrer jahrelangen Unterstützung des imperialistischen Kreuzzuges haben all diese Gruppen und Organisationen Schritt für Schritt, vom Kalten Krieg bis zur heutigen Neuen Weltordnung der interimperialistischen Rivalitäten, den Weg für das blutige Gemetzel auf dem Balkan gebahnt. Jetzt ernten sie, was sie säten. Der Balkan war schon der Auslöser des Ersten imperialistischen Weltkrieges. Um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, der dieses Mal die atomare Vernichtung der Menschheit bedeuten kann, ist es notwendig, eine trotzkistische, internationalistische Partei zu schmieden, die für den Sturz der blutrünstigen Imperialisten und die Machtergreifung der Arbeiterklasse weltweit kämpft. Dafür steht die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei ist. ■



AP



Action Press

**Kriegskanzler Kohl triumphiert – erstmals seit 1945
deutsche Luftwaffe wieder über dem Balkan**

Verteidigt bosnische Serben...

Fortsetzung von Seite 1

Die NATO-Luftoffensive bewirkte zwar zwischen den Westmächten eine vorübergehende Annäherung der Interessen, aber eine unmittelbare Auswirkung bestand darin, Krach zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten zu provozieren. Im Bestreben, sich als Regionalmacht zu behaupten – obwohl militärisch dürftig ausgestattet –, hat Rußland sich gleichzeitig als die Großmacht aufgeführt, die sich auf der internationalen diplomatischen Bühne für Serbien einsetzt, und als der „weiche Bulle“ der westlichen Imperialisten gegenüber Serbien. Daher zogen die Russen eine große Show der Empörung über die NATO-Luftangriffe ab, während sie gleichzeitig die bosnischen Serben dazu drängten, klein beizugeben. Washington und besonders Bonn boten daraufhin Rußland an, bei der Überwachung des von der NATO angeordneten Waffenstillstands in der Umgebung von Sarajevo eine Rolle zu spielen. Inzwischen diskutieren Kohl und Kinkel offen über eine Intervention von Bundeswehr-Bodentruppen als Teil der 50 000-Mann-Truppe.

Die russischen Truppen werden in der amerikanischen Presse nicht erwähnt, aber in Westeuropa wird über sie ausgiebig berichtet. *Der Spiegel* (18. September) faßte es zusammen: „Russen nach Sarajevo“. Und *Neues Deutschland*, das noch vor kurzem die UN-Truppen als „Hoffnungsträger“ bejubelte, setzt seine Hoffnung jetzt ausgerechnet in den Mächtigen-Zaren Boris Jelzin, der die Konterrevolution in der Sowjetunion anführte und heute um die Großmachtambitionen des kapitalistischen Rußlands bangt. Wenn russische Truppen die Pläne der westlichen Imperialisten für ein Großkroatien absichern, liegt das ganz im Interesse von Großdeutschland und seinem Drang nach Osten – aus dem gleichen Grund trat auch Kohl nach zweiwöchiger Bombardierung der bosnischen Serben für einen „Waffenstillstand“ ein.

Unter dem Schutzschild des NATO-Luftkriegs starteten die Kroaten und bosnischen Muslime mit Bodentruppen eine Offensive im westlichen und zentralen Bosnien, die 100 000 Serben aus ihrer angestammten Heimat vertrieben hat. Gleich nach der kroatischen Attacke gegen die Krajina im letzten Monat sind innerhalb von Wochen mehr als 300 000 Serben mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben worden. Dies ist der umfassendste Einzelfall von „ethnischen Säuberungen“ im blutigen vier Jahre dauernden

Balkankrieg – der bereits weit mehr als 3 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat – und die größte Zwangsumsiedlung in der Region seit über einem Jahrhundert. Und das wurde unter dem direkten Schutz der NATO/Bundeswehr-Bombardierung durchgeführt, mit der serbischen Führung als Komplizen – zu dem Zweck, „Tatsachen zu schaffen“ auf der Grundlage der von den Imperialisten arrangierten Zerstückelung.

So bemerkte ein Artikel in der *New York Times* (14. September): „Serbische Bemühungen, die Angriffe [der Kroaten und bosnischen Muslime] abzuwehren, sind überraschenderweise noch schwach gewesen“, und zitierte den Kommentar eines UN-Mitarbeiters im westlichen Bosnien: „Es ist viel leichter, diesen Leuten so viel Angst einzujagen, daß sie aus einem Gebiet, das aufgegeben werden soll, wegziehen, als so lange zu warten, bis die neuen Grenzen bekanntgegeben werden, und sie dann zu bitten, doch freundlicherweise ihr Zuhause zu verlassen.“ Mit anderen Worten, Zehntausende serbische Familien werden aus ihren Häusern gebombt, damit die verschiedenen nationalistischen Führer und ihre imperialistischen Sponsoren inmitten der heiteren Ruhe des Genfer Sees die Landkarte „friedlich“ neu zeichnen können. Solche von den Imperialisten angestifteten Zwangsumsiedlungen hat es auf dem Balkan durchaus schon vorher gegeben. In den 20er Jahren wurden mehr als 2 Millionen Menschen zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei auf brutale Weise „ausgetauscht“, unter der Schirmherrschaft des Vorläufers der UNO, des Völkerbunds.

Jahrelang hat die westliche Presse wie am Fließband ständig die von den bosnischen Serben durchgeführten „ethnischen Säuberungen“ verurteilt. Wir haben die imperialistische Heuchelei entlarvt und darauf hingewiesen, daß dieser nationalistische Krieg um die Neuaufteilung des Territoriums gekennzeichnet ist durch chauvinistische Greuelthaten von allen Seiten. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der konterrevolutionären Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien, die zuallererst von Bonn vorangetrieben wurde. Für alle, die vor diesem Terror nach Deutschland flüchten, fordern wir das Recht auf Asyl, und für alle Immigranten verlangen wir volle Staatsbürgerrechte.

Milošević kam in den 80er Jahren als der Mann des IWF in Belgrad an die Macht und verordnete brutale Kahl-schlagpolitik. Miloševićs Drang nach einem Groß-Serbien

Fortgesetzt auf Seite 24



Thilo Rückels

Spartakist-Intervention bei PDS-Demo am 1. September in Berlin

Verteidigt bosnische Serben...

Fortsetzung von Seite 23

trampelte auf der föderalistischen Struktur von Titos Jugoslawien herum, und das Spiegelbild in Kroatien dazu war der Aufstieg Franjo Tudjman, der das während des Zweiten Weltkriegs durch die Nazis unterstützte Ustascha-Regime offen bewundert. 1991 stiftete Deutschland Tudjmans Kroatien zur Unabhängigkeitserklärung an, was das brudermörderische Gemetzel, das Jugoslawien zerstörte, auslöste. Ein Jahr später ermunterten die USA den Präsidenten der bosnischen Muslime, Alija Izetbegović, einen eigenständigen Staat zu bilden, und provozierten damit das dreiseitige kommunalistische Blutbad zwischen bosnischen Muslimen, Serben und Kroaten.

Als proletarische Internationalisten sind wir gegen das nationalistische Gemetzel, das in dem ethnischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien von allen Seiten begangen wird. Gleichzeitig haben wir jede der imperialistischen Interventionen verurteilt, darunter die Anwesenheit von „friedenserhaltenden“ UN-Soldaten und das folgenschwere Wirtschaftsembargo gegen Serbien. Diese Blockade wurde vor drei Jahren von den Westmächten verhängt, damit Belgrads starker Mann Slobodan Milošević seine Unterstützung für die kroatischen und bosnischen Serben einstellt. In den letzten Monaten hat Milošević genau dies getan, während zur gleichen Zeit Washington und Bonn die Regime der Kroaten und der bosnischen Muslime aufgerüstet

haben. Als dann Anfang August die kroatische Diktatur von Franjo Tudjman einen Blitzkrieg gegen die von Serben bevölkerte Krajina führte, wurde diese Bluttat, die 200 000 kroatische Serben zur Flucht aus ihrer jahrhundertealten Heimat zwang, auf zynische Weise von den USA und von Deutschland als ein Schritt zum „Frieden“ gepriesen.

In den letzten Monaten jedoch hat sich der Charakter des Krieges geändert, da das Übergewicht des westlichen Imperialismus immer mehr Druck gegen die bosnischen Serben erzeugte, zuerst mit dem Einsatz der „schnellen Eingreiftruppe“ der NATO im Frühjahr und dann mit dem von Deutschland und den USA gesponserten Blitzkrieg der Kroaten in der Krajina. Die NATO/Bundes-

wehr-Bombardierung machte dies zu einem Krieg der westlichen Imperialisten gegen das Volk der bosnischen Serben. Leninisten sind durch diese Situation zu einer Position des *revolutionären Defensismus* gegenüber den bosnischen Serben verpflichtet.

Während wir die bosnischen Serben auf dem Schlachtfeld verteidigen, ändern wir überhaupt nicht unsere Opposition gegen deren reaktionäre nationalistische Führer wie General Mladić und Radovan Karadžić und gegen deren räuberische Politik. Im Gegenteil: Der Kampf für den Sturz der nationalistischen Schlächter in Belgrad und Pale – und ihrer Gegenüber in Zagreb und Sarajevo – durch Arbeiterrevolution ist der einzige Weg zur Beendigung dieses Kreislaufs von brudermörderischem Gemetzel und Rache.

Angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit und Verelendung gibt es heute eine weitverbreitete Nostalgie über die relative ethnische Harmonie zur Zeit vor der kapitalistischen Konterrevolution. Titos Partisanen im Zweiten Weltkrieg befreiten zwar das Land von den Banden der faschistischen kroatischen Ustascha und der monarchistischen serbischen Tschetniks, aber seine stalinistische Politik vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ förderte zwangsläufig wachsende nationalistische Gegensätze und bereitete schließlich der Konterrevolution den Boden. Eine trotzkistische Organisation würde dafür kämpfen, die Werktätigen aller Nationalitäten zum revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Blutsauger aufzurütteln, die diesen Horror verursacht haben, und gegen die nationalistischen Dem-

Diskussionsveranstaltung der SpAD/Spartakist-Jugend

Nieder mit imperialistischen Angriffen auf bosnische Serben! Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!

Berlin

Mittwoch, 15. November, 19.00 Uhr
Humboldt-Universität
Hauptgebäude, Hörsaal 1070
U/S-Bahn Friedrichstraße
Weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

Halle

Dienstag, 14. November, 19.00 Uhr
Galeriecafé Steg
Stegpassage 2
Weitere Informationen:
Tel. (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

Sonnabend, 11. November, 16.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze
Weitere Informationen: (0 40) 32 36 44

agogen, die ihn aufrechterhalten und von ihm profitieren.

Während des Krieges am Persischen Golf 1991 trat die Internationale Kommunistische Liga ebenfalls für die Niederlage der von den USA angeführten imperialistischen Attacke und für die Verteidigung des Irak ein und rief gleichzeitig die irakischen werktätigen Massen und die unterdrückten Kurden dazu auf, den Despoten Hussein zu stürzen. Die Memoiren des Generals Colin Powell enthüllen jetzt, daß das Pentagon sogar überlegte, gegen den Irak *Atomwaffen* einzusetzen. Doch sogar Linke schlossen sich dem imperialistischen Gezeter an und unterstützten die Hungerblockade gegen den Irak als eine „friedliche Alternative“ zur Bombardierung. Bis ein paar Jahre später die Reihe an das „arme kleine Bosnien“ kam, hatten sich viele dieser Typen so weit entwickelt, daß sie nicht nur einfach Beifall klatschten, sondern die *kriegslüsternten Befürworter* der imperialistischen NATO-Intervention geworden waren.

Was auch immer bei diesem letzten Versuch, den kämpfenden Nationalisten des Balkans „Recht und Ordnung“ des Imperialismus aufzuzwingen, herauskommt, es wird keinen Frieden bringen, sondern nur die Grundlage für künftige Kriege schaffen. Tatsächlich haben Pentagon-Pläne den Bedarf an 50 000 NATO-Soldaten vorgesehen – die Hälfte davon Amerikaner –, um Washingtons „Friedens“plan in Bosnien durchzusetzen, was für die Imperialisten zu einem blutigen Schlamassel werden könnte. Dauerhafter Frieden

und nationale Gerechtigkeit für alle Völker der Region können nur durch proletarische Revolutionen erreicht werden, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen.

Der neue Balkankrieg ist sowohl das Produkt der konterrevolutionären Zerstörung des Sowjetblocks als auch eine Bühne für die verschärften interimperialistischen Rivalitäten in der nachsowjetischen Welt. Deutschland will Kroatien (und Slowenien) zu einer Neokolonie des Vierten Reichs machen. Der amerikanische Imperialismus will zeigen, daß er im NATO-Bündnis immer noch das Sagen hat sowie die militärische Macht und den Willen, die Völker der Erde durch Gewalt zu unterjochen. Im Augenblick gibt es eine Annäherung der Interessen zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus; auf lange Sicht wird es zwangsläufig zwischen ihnen krachen.

Wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist der Balkan wieder das Pulverfaß Europas. Dieser blutige Konflikt weist auf die Notwendigkeit von trotzkistischen Parteien hin – die im Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut werden –, um gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu kämpfen, die die Macht haben, die Zivilisation, wenn nicht sogar die Menschheit selbst, zu zerstören.

Nach Workers Vanguard Nr. 629, 22. September 1995

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 8

Faschisten, Skinheads von ihren Wurzeln „weggewonnen“ zu haben. Dabei wird einfach Protest und „Rebellentum“ hochgejubelt, ohne nach der Klassenbasis zu fragen. Die gefährlichen Folgen einer solchen Politik zeigten sich beim Sommercamp der JRE 1994, als eine auf dem Camp organisierte Disco mit Oi-„Musik“ reihenweise Skinheads anzog. Völlig hilflos versuchte die JRE-Führung, T-Shirts mit Kapuzen an die Camp-Teilnehmer zu verteilen, um die „guten“ von den „schlechten“ Skinheads zu unterscheiden (siehe dazu den Artikel „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite“ in *Spartakist*, September/Oktober 1994).

Glücklicherweise, so erklärt ein *Voran*-Artikel, gründeten sich „als Reaktion auf die rassistische Politisierung vieler Skins ... ab 1986 antifaschistische Skin-Gruppen“ (*Voran*, November 1993). Aber was ist damals wirklich abgelaufen? In den 80er Jahren wurde die Skinhead-Bewegung nach Deutschland importiert. Und zur gleichen Zeit fanden in Westdeutschland die „Redskins“ unter den Linken Anklang mit der Losung „Weder Washington noch Moskau“, die genau den wieder aufsteigenden deutschen Nationalismus aufgriff, der die „Friedens“bewegung prägte. Damals war Moskau noch die Hauptstadt des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion, dessen sozialistische Eigentumsverhältnisse wir als Trotzkisten bedingungslos verteidigten. Diese Losung wurde auch von den offen faschistischen Skinheads und anderen Nazis benutzt, weil sie den Antikommunismus und den nationalistischen Groll darüber ausdrückte, daß die Rote Armee Nazi-Deutschland zerschlagen hatte. Antikommunismus und Nationalismus sind das Klima, in dem Skinheads gedeihen.

In Oi-„Musik“ finden die Skinheads den „kulturellen“ Ausdruck ihres sadistischen Nihilismus. „Oi“ ist der Kampfruf beim rassistischen Zusammenschlagen von Immigranten aus Pakistan und anderen asiatischen Ländern, und „Oi“ stellt den Klang der Doc-Martens-Stiefel dar, wenn sie auf ihre Opfer eintreten. Die SAG, jetzt ISO, die während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion den Slogan „Weder Washington noch Moskau“ zu ihrem Programm machte,

balancierte das rassistische „Paki-Bashing“ aus:

„Die Skinheads hatten viele Gemeinsamkeiten mit den jamaikanischen Einwanderjugendlichen, da sie ähnliche Kleidung trugen und in den gleichen Clubs zum jamaikanischen Ska tanzten. Auf der anderen Seite machten viele Skinheads Jagd auf Pakistani, das sogenannte ‚Paki-Bashing‘. Trotzdem fand man unter Skinheads nicht mehr Rassisten als in anderen Teilen der Gesellschaft.“ (*Klassenkampf*, Juli/August 1993)

Der pseudotrotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) erklärt die Ursprünge von „Oi“ folgendermaßen: „Diese Bezeichnung rührte von dem englischen Schlachtruf *Strength thru Joy* her, verkürzt zu Oi!“ Was dabei dem deutschen Kenner der Skin-Szene, Harry Hempel, aber entgeht, ist, daß das ach-so-englische „*Strength thru Joy*“ eine direkte Anlehnung an das Nazi-„Kultur“-Programm „Kraft durch Freude“ ist. Der RSB versucht in einem 19 Seiten langen Pamphlet seiner theoretischen Zeitschrift *die internationale theorie* (Heft 8, undatiert) Skinheads auf nichts anderes als eine unpolitische Subkultur zu reduzieren. Der RSB behauptet, daß Skinheads einfach mit anderen Subkulturen, wie zum Beispiel dem Hip Hop oder Gangsta Rap in den schwarzen Ghettos der Vereinigten Staaten, konkurrieren würden. Laut RSB stellen sie aber an und für sich nichts Bedrohliches dar. O-Ton RSB: „‚Oi!‘ ist damit ebenso Ausdruck der Angst des weißen Proletariats vor dem Absturz in die Subproletarität, wie der ‚Gangsta Rap‘ Ausdruck des schwarzen Subproletariats ist, der nur noch die Chance in der kriminellen Karriere sieht.“ Damit erklärt der RSB die Schwarzen und Immigranten selbst für schuldig am rassistischen Terror gegen sie und setzt die *Opfer* mit den mörderischen *Tätern* gleich!

Im Gegensatz dazu kämpfen Spartakisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihrem starken Immigranten-Bestandteil, um die Nazis zu stoppen. Hätte die Arbeiterklasse in Deutschland eine revolutionäre Führung gehabt, die für Einheitsfronten gegen die Nazis kämpft, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Heute wie damals müssen wir den Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems, das den faschistischen Terror hervorbringt, organisieren. ■

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 6

Mumia umbringen und alle zerschmettern will, die für die „Stimme der Entrechteten“ eintreten. Wir wurden richtig belagert, als wir damit begannen, Mumia-Flugblätter zu verteilen. Es sprach sich herum, daß die Flugblätter verteilt wurden, um die Hinrichtung eines politischen Gefangenen in den USA zu verhindern, der schwarz ist, und es gab großes Interesse und viel Aufregung darüber.

Wir waren auch dort, um Leute zu treffen und sie über unsere öffentliche Veranstaltung am folgenden Abend zu informieren. Die öffentliche Veranstaltung für Jamal in der Arbeiterbibliothek von Johannesburg war ein Erfolg. Es kamen Leute aus Gewerkschaften, Jugendliche von linken Organisationen wie der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und der Workers Organisation for Socialist Action, Vertrauensleute der NUMSA, der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft Südafrikas, die eine der militantesten Mitglieder des COSATU ist. Sie kamen, um das Video zu sehen und sich dem Kampf für die Befreiung von Mumia anzuschließen. Schwarze, Farbige, Inder und Weiße versammelten sich, um ihre Solidarität mit Mumia auszudrücken.

Ich möchte jetzt noch einmal betonen, daß die südafrikanische Arbeiterklasse, das Proletariat, sehr klassenbewußt ist. Aber man kann gar nicht genug betonen, wie wichtig der Sprung in der Entwicklung ihres Bewußtseins war, als sie von der Realität des Lebens im rassistischen, kapitalistischen Amerika erfuhren. Die Leute wußten nicht, wie brutal der Rassismus und die Ausbeutung in diesem Land sind. Sie dachten, daß Amerika so eine Art Musterbeispiel der Demokratie sei.

Sie waren wirklich überrascht, als sie erfuhren, wie stark sich vor allem schwarze Amerikaner für ihre Kämpfe interessieren, weil sie in dem brutalen kapitalistischen Regime der weißen Vorherrschaft in Südafrika einen Spiegel ihrer eigenen Unterdrückung sahen und sehen. Es war für viele eine Offenbarung zu erfahren, daß schwarze Arbeiter in den USA einen strategischen Bestandteil der Arbeiterklasse mit ihrem vielfältigen ethnischen Hintergrund bilden, von ihren Befreiungskämpfen in Südafrika inspiriert wurden und unter revolutionärer Führung die Macht haben werden, einen Kampf zu führen, der das rassistische, kapitalistische System in den USA begraben kann.

Die National Union of Metalworkers, eine der mächtigsten Gewerkschaften in Südafrika, die 187 000 Metallarbeiter vertritt, erhob ebenfalls ihre Stimme zur Unterstützung von Mumia. Wir erhielten auch die Unterstützung des ANC. Wir trafen uns mit Mandelas Sekretär in Jo'burg. Sie wissen alles über den Fall, besonders jetzt. In Kapstadt, Sitz von Legislative und Parlament, trafen wir uns mit Cyril Ramaphosa, früherer Führer der National Union of Mineworkers und jetzt Generalsekretär des ANC. Ramaphosa schickte einen Unterstützungsbrief für Mumia.

Die eindrucksvolle Unterstützung durch die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist ein vielversprechender Beginn im Kampf, diese Solidarität fest in der mächtigen Arbeiterbewegung und in den Townships zu verwurzeln. Die Einsicht, daß es gemeinsame Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit gibt, ist zentral. Von Südafrika bis zu den USA ist die Kampagne gegen die rassistische Todesstrafe Teil des Kampfes, den ganzen Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staats zu zer-



Workers Vanguard

Auf einer Gewerkschaftsdemonstration am 6. Juni in Johannesburg wirbt Genosse Don Alexander für die Jamal-Veranstaltung

schlagen im Kampf für die internationale Revolution der Arbeiterklasse.

Das Fehlen einer revolutionären Führung und einer revolutionären Partei ist in Südafrika deutlich spürbar. Es muß einen entschiedenen Kampf geben, um die schwarze Arbeiterklasse und die unterdrückten nichtweißen Massen von den nationalistischen Irreführern des ANC zu brechen und um die sogenannte Drei-Parteien-Allianz zwischen dem ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und dem COSATU auseinanderzubrechen, die in einer Koalition mit den sogenannten „demokratischen“ Kapitalisten der National Party sind. Die Regierung, die es in Südafrika gibt, ist eine nationalistische Volksfront, eine Koalition zwischen Arbeiterorganisationen und Teilen der herrschenden Klasse zur Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums. Wir stehen zu Trozki's Programm der permanenten Revolution, wonach in rückständigen kapitalistischen Ländern, in denen die bürgerlich-demokratischen Revolutionen der Vergangenheit nicht zustande gekommen sind, die Arbeiterklasse die Macht erobern muß, um elementare demokratische Aufgaben durchzuführen, wie die Vergabe des Landes an diejenigen, die es bearbeiten, und die Erreichung wirklicher politischer Demokratie und nationaler Unabhängigkeit.

All das Gerede davon, daß alte Wunden geheilt werden müssen und man sich versöhnen müsse und daß man „die Vergangenheit ruhen lassen sollte“ – und während ich dort war, wurde die große Rugby-Weltmeisterschaft in Kapstadt als „Mittel der Versöhnung“ bejubelt –, ist ein Schwindel, aus dem einfachen Grund, weil es unversöhnliche Interessengegensätze zwischen den unterdrückten schwarzen Massen und der privilegierten weißen Minderheit gibt. Unter dem Kapitalismus, unter dem System des Privateigentums an Produktionsmitteln, kann es keine Gleichheit geben zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückern, zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse. Wenn es auch mehr Schwarze im Parlament gibt und ein paar schwarze Millionäre, so bleibt die Staatsmacht doch in den Händen der weißen Kapitalistenklasse und ihrer Formationen bewaffneter Menschen, die das kapitalistische Eigentum verteidigen. Die wirtschaftliche und soziale Dominanz der weißen Minderheit bleibt intakt.

Wir haben mit einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Gruppen geredet. Unsere Broschüre „Black History and the

Class Struggle“ (Die Geschichte der Schwarzen und der Klassenkampf), in der zur proletarischen Revolution in Südafrika aufgerufen wird, war sehr machtvoll. Bei vielen unserer Diskussionen mit südafrikanischen Linken kam immer wieder die gleiche Illusion hoch, daß es eine stabile bürgerliche Herrschaft von Menschen aller Hautfarben in Südafrika geben könne. Deshalb glauben viele der Jugendlichen und Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, daß die Aufgabe darin bestehe, den Angelpunkt des Regierungsprogramms, das Programm für Wiederaufbau und Entwicklung, für sich auszunutzen — den Kapitalismus dazu zu bringen, ordentlich zu funktionieren. Wir hatten lange Diskussionen darüber, wie das ganze Programm der Volksfront, ein reformistisches Programm, blutigen Niederlagen der Arbeiterklasse den Weg bereitet hat, von Spanien in den 30er Jahren bis Chile in den 70er Jahren.

Im RDP gibt es nichts, was auf die dringendsten Bedürfnisse der Massen eingeht. Der ANC und Mandela haben die schwarzen Massen verraten und ihren früheren populistischen Versprechungen von Verstaatlichungen, Landverteilung und sogar dem Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ den Rücken gekehrt. Sie haben den Massen erzählt, daß sie den Gürtel enger schnallen müssen, damit die weißen Kapitalisten und die neue schwarze Elite ungestört ihre Profite einsacken können. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank — die Architekten von mörderischer Armut und Elend für die Armen und Unterdrückten in der ganzen Welt — haben in Südafrika das Sagen.

Kapitalistische Politiker hier, schwarze und weiße, Demokraten und Republikaner, Jesse Jackson und Bill Clinton und ihr reformistischer Anhang wie die Kommunistische Partei, Socialist Action und viele andere Gruppen fielen geradezu in religiöse Verückung, als Mandela an die Macht kam, und riefen aus: „Endlich frei!“, als ob das mörderische Apartheidsystem einfach nur gesetzlich sanktionierter Rassismus sei — wo doch ein ganzes Volk zu Fremden im eigenen Land gemacht worden war. Die Internationale Kommunistische Liga hat die Wahrheit gesagt, vom ersten Tag an die einfache Wahrheit, daß Mandela und der ANC die schwarzen Massen betrügen werden.

Nun, was tun sie jetzt? Die bürgerlich-nationalistische Regierung läßt Siedlungen von Schwarzen und Farbigen auf besetztem Land niederwalzen. Joe Slovo, der ehemalige Vorsitzende der KP, der Minister für Wohnungsbau gewesen war, hatte ein Ende „der Kultur des Nichtzahlens der Miete“ gefordert. Deshalb fing die Regierung, während ich dort war, damit an, in den Townships den Strom und das Licht abzustellen. Die South African National Defence Force, die Armee, zerschlägt die Kämpfe der Schwarzen für Landbesitz — in einem Land, wo Weiße, die 13 Prozent der Bevölkerung ausmachen, 86 Prozent des Bodens und 90 Prozent des gesamten Reichtums besitzen.

Wir haben mit vielen Linken in verschiedenen Organisationen geredet — der Workers Organisation for Socialist Action, Comrades for a Workers Government, International Socialist Movement —, die große Illusionen in die sogenannte Neutralität des kapitalistischen Staates haben. Sie vertreten die Position, daß die Bullen, die kapitalistische Polizei, Arbeiter seien, daß es „gute Bullen“ gebe, daß es „fortschrittliche“ Bullen gebe. Nun, es gibt eine sehr große schwarze sogenannte Polizeigewerkschaft namens Police and Prisons Civil Rights Union, POPCRU, die in Südafrika sehr aktiv gewesen ist und Protestaktionen durchgeführt hat für höheren Lohn, gegen Rassismus innerhalb der Polizei, für bessere Bewaffnung — also die üblichen Sachen. Die Bullen in Südafrika, wie in jedem kapitalistischen Land, das je existiert hat, verteidigen die Interessen der besitzenden Klasse, der Kapitalisten, gegen die Ausgebeuteten und

Unterdrückten. Und wir sollten nie auf die Lüge hereinfallen, daß sie Arbeiter seien, denn das ist nicht nur eine Lüge: Es ist eine tödliche Illusion. Jede herrschende Klasse in der Geschichte hat Formationen bewaffneter Menschen gehabt, die bis in den Tod deren sogenanntes Recht auf Ausbeutung verteidigt haben. Wir haben daher über diese Frage große Kämpfe gehabt. Wir brachten einige revolutionär gesinnte Jugendliche dazu, diese Frage zu überdenken, denn sie und wir wissen, daß dies keine abstrakte Frage ist, sondern die Kernfrage berührt: wie man eine Revolution durchführt, in der eine revolutionäre Avantgardepartei als Volkstribun die Arbeiterklasse zum Aufstand führt, um die kapitalistische Staatsmaschinerie zu zerschlagen.

Wir haben in unseren Diskussionen mit ernsthaften militanten Arbeitern und Jugendlichen, die schon einige Kämpfe durchgestanden haben, auch dargelegt, daß das kapitalistische System nicht reformiert werden kann. Eine ganze Reihe von ihnen will in den Townships Sozialarbeit machen. Wir argumentieren nicht dagegen, daß Elektrizität und Wasserhähne notwendig sind. Aber wir kämpften mit den Genossen darum, daß es nötig ist, die fortgeschrittene Schicht der Arbeiterklasse für den Aufbau einer internationalistischen revolutionären Partei zu gewinnen, die an der Spitze des Kampfes für nationale und soziale Befreiung in Südafrika steht; die dafür kämpfen würde, den städtischen Grund und Boden zu verstaatlichen, damit die Obdachlosigkeit beseitigt werden kann; die die Großfarmen in der Hand der Weißen entschädigungslos enteignen und das Land den schwarzen Landarbeitern geben würde, die bisher überhaupt kein Land besitzen; die für Arbeit für alle kämpfen würde durch die Einführung einer kürzeren Arbeitswoche ohne Lohnkürzung, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen; die für die Rechte der Frauen eintreten würde, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch, was in Südafrika zunehmend zu einer heißen Frage wird; die die demokratischen Rechte von Schwulen verteidigt; die für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpft — im Kampf für die Errichtung einer Arbeiterregierung, die sich auf die Schwarzen stützt; und die dabei nicht nur für eine sozialistische Revolution in Südafrika kämpft, nicht nur für eine sozialistische Föderation des südlichen Afrika, sondern für die Weltrevolution.

Vor allem vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion, die ein Gegengewicht zum blutigen US-Imperialismus darstellte, ist der Imperialismus ermutigt worden: vom US-imperialistischen Massenmord an mehr als 100 000 Irakern — nicht berücksichtigt sind die Toten, die danach durch die Hungersnot gestorben sind, die den irakischen Massen aufgezwungen wurde — bis zur rassistischen, kolonialistischen Invasion in Somalia und Haiti. Getrennt vom Kampf für die internationale Revolution der Arbeiterklasse, vor allem in den industriellen Zentren Westeuropa, Japan und Nordamerika, wird es in Südafrika keine erfolgreiche Arbeiterrevolution geben.

Alles hängt davon ab, daß eine kämpferische internationale revolutionäre Avantgardepartei aufgebaut wird, die sich wirklich auf den Kampf der Ersten Internationale stützt: Arbeiter aller Länder vereinigt euch — wir haben nichts zu verlieren, als unsere Ketten. Wenn wir die Welt verändern wollen, dann muß uns dies beim Kampf zur Befreiung Mumias als Richtschnur dienen. Wir haben eine Welt zu gewinnen im Kampf gegen die imperialistischen Banditen und Massenmörder im Weißen Haus, im Kongreß und im Pentagon, die blutigste herrschende Klasse, die die Geschichte bisher gesehen hat. Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 627, 25. August 1995

Proteste in Brasilien fordern Freiheit für Jamal!



Hürriyet

Brasilia: Ein Höhepunkt der Kundgebung für Jamal war der Auftritt einer Musikgruppe von brasilianischen Straßenkindern

In der Landeshauptstadt Brasilia demonstrierten am 2. August etwa 200 Menschen vor der US-Botschaft, ein kämpferischer Protest von Arbeitern/Schwarzen. Die Kundgebung, die von traditionellen brasilianischen Trommelrhythmen untermalt war, wurde vom Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft, Jacira Silva, geleitet. Erster Redner war Américo Antunes, Präsident der nationalen Journalistenvereinigung, der die Gewerkschaften aufrief, für die Freiheit Mumia Abu-Jamals zu mobilisieren.

Eine Anzahl nationaler und regionaler Parlamentsabgeordneter sprach auf der Kundgebung, darunter Vertreter der PT (Arbeiterpartei), der Sozialistischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei. Außer Rednern von Luta Metalúrgica (LM) und der Internationalen Kommunistischen Liga waren von den linken Gruppen PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei) und Causa Operária (Sache der Arbeiter) vertreten.

In einer anderen Ecke des Landes, in Volta Redonda (im Staat Rio de Janeiro), fand am 9. August eine Kundgebung von Arbeitern/Schwarzen für Jamal statt. Volta Redonda ist in ganz Brasilien als „Stahlstadt“ bekannt, wo 1988 die Armee streikende Arbeiter massakrierte, die Lateinamerikas größten Stahlbetrieb besetzt hielten. Luta Metalúrgica hatte schon im Juli in Flugblättern für ihre Wahlkampagne in der Stahlarbeitergewerkschaft zu einem Protest aufgerufen, und die kämpferische Kundgebung von über 200 Demonstranten, gemeinsam mit der Gewerkschaft der Arbeiter im öffentlichen Dienst organisiert, erhielt von 14 Gruppen von Schwarzen, Organisationen der Slumbewohner und linken Gruppen Unterstützung. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war ein Auftritt der Agua Limpa Warriors, einer Musikgruppe von Straßenkindern, und einer Gruppe, die Capoeira vorführte, eine von brasilianischen Sklaven entwickelte Kampfkunst.

Ort der Kundgebung war das Denkmal für Zumbi (bekannt als „der schwarze Spartakus“), dem heldenhaften Führer einer „Republik“ von entflohenen Sklaven in Palmares, der vor 300 Jahren von der Sklavenhalter-Aristokratie ermordet worden war. Mehrere Demonstranten hielten Plakate, die aus einem Brief Jamals an einen schwarzen Aktivisten in Brasilia zitierten: „Zumbi ist einer meiner Helden“ – Mumia Abu Jamal“.

In Brasilien weitete sich die Unterstützung von Arbeitern/Schwarzen für Mumia Abu-Jamal besonders seit Mai sprunghaft aus, als Luta Metalúrgica die Kampagne bei der Konferenz von Antirassistischen Gewerkschaftern der CUT bekanntmachte, wo Hunderte von Gewerkschaftern – unter ihnen der CUT-Präsident Vicente Paulo da Silva – Erklärungen unterschrieben, die forderten: „Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!“

Brasilien's weiße kapitalistische Elite verbreitet seit langem den Mythos der „von der Hautfarbe unabhängigen Demokratie“ und behauptet, seit der Abschaffung der Sklaverei 1888 durch die Regentin Prinzessin Isabel sei das Land eine große Familie ohne „Rassenprobleme“ gewesen. Diese Lüge wird traditionell von den vorherrschenden Kräften in der Arbeiterbewegung und praktisch vom gesamten Spektrum der brasilianischen Linken nachgebetet. Aber brutale rassistische Unterdrückung – was in den letzten Jahren auch die systematische Ermordung Tausender schwarzer Straßenkinder bedeutete – ist seit den Anfängen des brasilianischen Kapitalismus dessen Fundament gewesen und der Schlüssel zur Aufrechterhaltung der Superausbeutung mittels eines der niedrigsten Mindestlöhne der ganzen Welt.

Auf der Kundgebung in Volta Redonda unterstrichen Redner von LM die Notwendigkeit, die Macht der internationalen Arbeiterklasse zu mobilisieren im Kampf, Jamal zu retten: „Wir von Luta Metalúrgica wollen ebenso wie unsere Brüder, die Spartakisten, daß alle Völker der Erde gleich sind. Das Leben von Mumia Abu-Jamal steht für das Leben unserer Brüder, die bei den rassistischen Massakern in Vigário Geral, Candelária und Carandirú ermordet wurden, und der landlosen Bauern, die von den Grundbesitzern ermordet wurden.“ Plakate von LM riefen dazu auf: „Brecht mit der Volksfront, für eine revolutionäre Arbeiterpartei von Schwarzen, Weißen, Indios!“ und „Für den Internationalismus von Lenin und Trotzki“.

Die Arbeiter, Schwarzen und Jugendlichen, die sich der internationalen Kampagne zur Verteidigung Mumia Abu-Jamals angeschlossen haben, führen damit einen Schlag gegen rassistische, kapitalistische Unterdrückung in Brasilien und überall auf der Welt.

Nach Workers Vanguard Nr. 627, 25. August

Gruppe Spartakus: Bei Schmutzarbeit gegen Mumia dabei

Seit über acht Jahren kämpfen die IKL und ihre Verteidigungsorganisationen für Mumia. Teil dieser Kampagne war auch unsere Veranstaltung über kommunistische Verteidigungsarbeit am 2. August an der Berliner Humboldt-Universität. Der Kampf für Mumias Freiheit hat in den letzten Monaten sehr breite Unterstützung gewonnen und könnte zu einem Schlag gegen die rassistische Todesstrafe führen. Gleichzeitig gibt es eine finstere Kampagne der Polizei von Philadelphia und der sogenannten „Fraternal Order of Police“, von Todesstrafen-Fanatikern und der bürgerlichen Presse einschließlich des Wall Street Journal, die wachsende Unterstützung für Mumia zu sabotieren. Dazu bekommen sie die Hilfe recht unappetitlicher Gruppen wie der „Bolschewistischen Tendenz“, hier Gruppe Spartakus. Diese Ansammlung von verbitterten Ex-Mitgliedern hat immer versucht, ein Vehikel größerer Kräfte zu sein, um ihre provokativen Verleumdungen und Schmutzgeschichten gegen die IKL anzubringen. Wir drucken deshalb Auszüge aus dem Redebeitrag unseres Genossen Fred Zierenberg über diese dubiose Gruppe ab:

Die Wahrheit ist, daß hier in Berlin zum Beispiel das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Jugend dafür gesorgt haben, daß es eine Verteidigungskampagne für Mumia gibt. Heute ist diese Kampagne von vielen anderen übernommen worden, auch von unseren politischen Gegnern, und so versuchen die uns jetzt aus den Demonstrationen oder vom Podium auszuschließen. Und für diese Leute macht der GS-Redner die Schmutzarbeit: denen die Argumente zu liefern, wir wären ein Kult, wir würden unsere Mitglieder ermorden usw., also der Bezug von Jimstown zu Jonestown – was genau vom *Wall Street Journal* der amerikanischen Bourgeoisie zitiert wird, um die Kampagne für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal besser zu stören. Diese Sache ist ganz eindeutig.

Die Aktionen, die wir initiiert haben, wo 300 Leute

oder 400 Leute für Mumia am 7. Februar und am 7. Juni 1995 auf die Straße gingen – da haben sie nicht gefragt, ob sie [vom Lautsprecherwagen aus] reden können. Sie haben nicht ihre Unterstützer mobilisiert. Aber hierher müssen sie ihre Unterstützer heute hinmobilisieren und sagen: „Sektierertum, Sektierertum“. Das haben sie sich natürlich nicht getraut vor 400 Leuten zu sagen, die wir mobilisiert hatten, und vor 15 anderen Organisationen, die da geredet und überhaupt nicht unsere Ansichten vertreten haben. Die interessiert nicht eine öffentliche Stellungnahme, Mumia zu verteidigen, sondern unsere Organisation, die für Mumia kämpft, mit Dreck zu bewerfen.

Und das ist die Existenz dieser Organisation, seit sie in den ersten Eierschalen aufgetreten ist. Und das Kennzeichnende daran ist, daß sie diesen Bill Logan heute zu ihrem Führer gemacht haben, den wir 1979 bei unserer internationalen Konferenz ausgeschlossen haben, weil er sich in brutaler Weise in das persönliche Leben von Genossen eingemischt hat, weil er eine Genossin zwingen wollte, eine Abtreibung zu machen, dann das Kind wegzugeben usw. Er wurde auf unserer internationalen Konferenz ausgeschlossen. Und eines ihrer Mitglieder in Hamburg, Howard Keylor, hat auf dieser Konferenz erklärt: „Ich war mehrere Jahre Krankenpfleger und hatte mit Soziopathen zu tun. Das sind Leute, die andere manipulieren für ihren Sadismus. Und ich habe diesen Bill Logan immer von der Stadt begleitet hierher in das Camp, wo der Prozeß stattfand, und ich kann euch eins sagen: Dieser Mann ist ein Soziopath.“ Und er hat dann mit dafür abgestimmt, ihn auszuschließen; genau wie andere Leute, die damals Mitglied gewesen sind und die hinterher feige ausgetreten sind. Und wir werden in unserer Presse diese Schmutzarbeit aufzeigen, die ihr machen werdet; und es wird uns nicht davon abhalten, für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen.

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 32

geplanten Demonstrationen platzen ließ.

Aus welchen Gründen auch immer, laßt uns diese kostbare Zeit nutzen, um eine stärkere und breitere Bewegung aufzubauen, die nicht nur eine Hinrichtung ‚aufschiebt‘, sondern sie alle stoppt! *Nieder mit der rassistischen Todesstrafe in den USA!*“

Unter dem Druck der anschwellenden Flut von Protesten für Jamal würden wichtige Teile der herrschenden Klasse ihn lieber lebenslänglich eingesperrt sehen, als daß er umgebracht und zum Märtyrer gemacht würde. Sie wollen Jamal in etwas begraben, was er die „Gefängnishölle“ nennt. Klassenbewußte Arbeiter und Gegner der barbarischen und rassistischen Todesstrafe in aller Welt dürfen nicht ruhen, bis er frei ist.

Jamals Rechtsanwälte mit Leonard Weinglass als Hauptverteidiger führten einen Kampf von ungeheurem Ausmaß gegen ein wütend feindseliges Gericht, um den Urteilspruch und das Strafmaß von 1982 zurückzuschlagen. Weinglass brachte bei der Anhörung zum Ausdruck, wie Sabos Gericht Jamal 1982 Ballistikexperten, Pathologen, einen Ermittler und einen kompetenten Anwalt verweigerte. Verteidiger Dan Williams deckte auf, wie Jamals angebliches „Geständnis“ 64 Tage nach der angeblichen Äußerung erfunden wurde – nämlich erst *nachdem* Jamal eine Klage gegen die Polizisten erhob, die ihn auf der Straße und im

Krankenhaus brutal geschlagen hatten, und erst *nachdem* der damalige Ankläger McGill einen „runden Tisch“ von Bullen organisierte, um diese Geschichte zu fabrizieren. Die Zeugen des Staatsanwalts waren nicht imstande, Jamal als den Schützen zu identifizieren, bis ihnen Deals oder Vergünstigungen bezüglich ihrer eigenen Strafregister angeboten wurden. Ein unwiderlegbarer Beweis für die Angst, die die rassistischen Polizeikiller von Philadelphia verbreiten, war das Erscheinen und Verschwinden von Jamals Bruder Billy Cook, dessen Wagen 1981 von Faulkner angehalten worden war, kurz bevor dieser erschossen wurde. Bei der Anhörung reichte Wolkenstein eine eidesstattliche

Fortgesetzt auf Seite 30

Für weitere Informationen über Character und politische Positionen der Gruppe Spartakus bestellt die Broschüre der Internationalen Kommunistischen Liga:

**The International
Bolshevik Tendency –
What Is It?**

DM 2,— (in englischer Sprache)

Erhältlich über die Redaktionsadresse



Spartakist

Nationale Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal am 22. Juli in Berlin

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 29

Erklärung ein, die besagte, Mumias Bruder habe ihr gesagt, daß „Mumia den Beamten Faulkner nicht erschöß“. Daraufhin drohte der Staatsanwalt, Cook wegen ausstehender Haftbefehle zu verhaften, falls er bei dieser Anhörung erscheine. Wegen dieses unverblühten Einschüchterungsmanövers ist er wieder untergetaucht.

Jamals Anwälte forderten das Gericht heraus, nur einen einzigen Fall zu nennen, in dem in den USA ein Mensch in die Todeszelle geschickt wurde, ohne die Gelegenheit gehabt zu haben, als entlastenden Beweis Charakterzeugen zu präsentieren. Unter dem Vorsitz des „Königs des Todesstrakts“ Sabo war Mumia dieses Recht verweigert worden, und wie sein Anwalt Dan Williams erklärte: „Die Geschworenen nicht über Jamals bewegte Menschlichkeit zu unterrichten war jenseits menschlicher Anständigkeit.“

Jamals Anhörung endete zu einem Zeitpunkt, wo die Polizei von Philadelphia durch einen Korruptions- und Brutalitätsskandal erschüttert wird. Dutzende, möglicherweise Hunderte Verurteilungen werden jetzt rückgängig gemacht, weil bewiesen wurde, daß Bullen Beweise fabrizierten, um gegen Schwarze aus den Elends-Ghettos im Norden Philadelphias fingierte Anklagen erheben zu können. In diesem Zusammenhang ließen einige Zeugen in bezug auf Jamals Fall ihre Angst fallen. In den letzten vier Wochen haben sich mindestens drei Menschen mit Jamals Anwälten oder seiner Familie in Verbindung gesetzt, um ihnen mitzuteilen, daß sie Jamals Unschuld beweisen könnten. Unter Hinweis darauf baten Jamals Anwälte Sabo darum, die Anhörung nicht zu beenden, um es der Verteidigung zu ermöglichen, diese und andere potentielle Zeugen ausfindig zu machen und sie vorzuladen.

Sabo lehnte diesen Antrag ab, genauso wie fast jeden anderen Antrag der Verteidigung, und erklärte die Anhörung für geschlossen. Am 2. August, als sich Wolkenstein gegen die Unterdrückung von Vorladungen und die Unter-sagung von allen Beweismitteln wandte und Pennsylvanias Todesstrafe wegen rassistischer Voreingenommenheit in Frage stellte, befahl Sabo, sie festzunehmen, in Handschellen abzuführen und ins Gefängnis zu werfen.

Jedes einzelne Argument der 154seitigen Entscheidung von Lynchrichter Sabo war eine wörtliche Wiederholung des Schlußplädoyers des Staatsanwalts. In ihrem Schlußplädoyer beschrieb Wolkenstein, wie über 600 Seiten von FBI-

Akten „die Zusammenarbeit zwischen den Bullen von Philadelphia und dem FBI sowie das massive Vorurteil gegen Jamal als einen erklärten Kritiker der Polizeibrutalität und des Rassismus zeigen... Jamal hat nicht nur Anspruch auf einen neuen Prozeß, sondern das Niveau der prozeduralen Mißachtung ist so groß, daß die Anklage fallengelassen werden sollte.“

Für die Verteidigung von Jamal durch Einheitsfrontaktionen

Die Proteste gegen Jamals Hinrichtung erschienen auf den Titelseiten von Zeitungen in der ganzen Welt und haben Jamals Fall wachsende politische Bedeutung verschafft. Frankreichs Präsident Jacques Chirac wies seinen Botschafter in Washington an, „in einem strikt humanitären Sinn und bei Achtung der amerikanischen Gesetzgebung jeden Schritt zu unternehmen, der dazu beitragen könnte, das Leben von Mr. Mumia Abu-Jamal zu

retten“. Außenminister Klaus Kinkel schrieb an den Gouverneur von Pennsylvania, Ridge, einen Protest gegen Jamals bevorstehende Hinrichtung sowie gegen die Todesstrafe überhaupt. Die belgische Regierung und das italienische Parlament forderten, daß die Hinrichtung gestoppt wird. Aus Südafrika schrieb Präsident Nelson Mandela an Gouverneur Ridge und wies auf die kürzliche Abschaffung der Todesstrafe in Südafrika hin; er möge seine „Macht als Gouverneur des Bundesstaats Pennsylvania benutzen, um die Todesstrafe umzuwandeln, die gegen Mumia Abu-Jamal ausgesprochen wurde“.

In der Türkei, wo Cillers Militär Linke und Kurden foltert und hinrichtet, wurde täglich über den Kampf von Mumia Abu-Jamal berichtet, und es gab eine Demonstration in Izmir. In ganz Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern hat es Demonstrationen gegeben. Immer mehr Schriftsteller-Kollegen von Jamal haben sich für ihn ausgesprochen. Die IG Medien hierzulande sowie Journalistengewerkschaften in Britannien und Südafrika haben Jamal als Ehrenmitglied aufgenommen, ebenso die National Writers Union in den USA. Die internationale Schriftstellerorganisation PEN veranstaltete am 1. August Notpressekonferenzen in Paris und New York.

In den USA hat das Partisan Defense Committee die wesentliche Bedeutung von der Mobilisierung der Arbeiterbewegung im Kampf für Jamal betont. Anfang August brachte eine Reihe von Demonstrationen, initiiert vom PDC – von New York, Oakland (Kalifornien), Chicago und Los Angeles bis Toronto und Vancouver in Kanada und Melbourne und Sydney in Australien –, strategisch wichtige Gewerkschaften auf die Beine, und sie versprochen, diesen Kampf fortzuführen. Auf einer Demonstration mit 1000 Teilnehmern am 3. August in New York gab es u. a. Blöcke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, des Gesundheitswesens, der Krankenhaus- und der Transportarbeiter. Unter den mehr als 700 Demonstranten am gleichen Tag in Oakland waren Blöcke der Hafentarbeitergewerkschaft ILWU und mehrerer Gewerkschaftsverbände der Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Einheitsfrontaktionen, bei denen Organisationen im eigenen Namen sprechen und ihre eigenen Plakate und Banner tragen können, sind wesentlich für den Aufbau von Massenunterstützung für Jamals Freiheit. Leider hat vor der nationalen Mumia-Demonstration am 22. Juli in Berlin ein Block aus autonomen Gruppen und der PDS einen Maulkorbbeschuß gefaßt, Redner linker Organisationen –

darunter die Rote Hilfe, die die Demonstration initiiert hatte, Bolševik Partizan und das KfsV – nicht reden zu lassen. Als Reaktion auf den Ausschluß des PDC von einer Kundgebung, zu der die „Koalition für die Rettung von Mumia Abu-Jamal“ in Vancouver aufgerufen hatte, schrieb ein Vizepräsident der Postarbeitergewerkschaft der Stadt: „Mit dem Kurs des politischen Ausschlusses kann man diesen Fall nicht gewinnen, besonders zu einer Zeit, wo wir die breiteste Basis der Kräfte brauchen, die sich für Mumi- as Verteidigung einsetzen.“

Wie für Mumi- as Freiheit kämpfen?

Jenes Sektierertum richtet sich vor allem gegen die Trotzlisten, die jahrelang Jamal verteidigt haben und in der Kampagne für seine Freiheit eine Schlüsselrolle spielen. Tausende Arbeiter und Jugendliche diskutieren, welchen Weg man in diesem Kampf einschlagen soll. Liberale fordern einen „fairen Prozeß“ für Mumia, aber das kapitalistische Justizsystem ist alles andere als fair, wenn es um einen derart aufrichtigen, schwarzen Gegner des Rassismus und der Ausbeutung geht. Täglich erweist sich die Beschreibung des Kapitalismus durch den russischen revolutionären Marxisten W.I. Lenin als wahr: „Demokratie nur für die Reichen, für die Minderheit“. In den USA, wo die Schwarzen jahrhundertlang zuerst als Sklaven und dann als Lohnsklaven unterjocht wurden, ist der Staatsapparat – Bullen, Gerichte, Gefängnisse – bis ins Innerste rassistisch.

Jeder, der in Philadelphia für Jamal demonstriert hat, ist eine potentielle Zielscheibe für die Bullen. Die größte Gewerkschaft der Stadt, Local 1199C der Gewerkschaft der Arbeiter im Krankenhaus- und Gesundheitswesen, wurde von 300 schwerbewaffneten Polizisten belagert, weil sie sich erdreistet hatte, im Juli ihren Saal für ein Benefizkonzert für Jamal zu vermieten. In Los Angeles, Boulder (Colorado), New York und vielen anderen Städten sind Demonstranten für Jamal dutzendweise verhaftet worden, und manchen drohen Anklagen wegen schwerer Verbrechen. Wir fordern: Weg mit allen Anklagen gegen diese Demonstranten!

Es liegt am Wesen des kapitalistischen *Systems* der rassistischen Ungerechtigkeit, daß Menschen Verbrechen angehängt werden, daß die Bullen Terror verbreiten, daß Schuldsprüche und schwere Strafen in den Gerichten verhängt werden. Massive soziale Kämpfe, in denen die Macht der organisierten Arbeiterklasse entfesselt wird, werden notwendig sein, um Mumi- as Freiheit zu erkämpfen. Einzig und allein eine Arbeiterrevolution wird diese Unterdrückungs- maschinerie zerschlagen – und damit die rassistische Todes-

strafe abschaffen – und den Weg aus der Unterdrückung und Erniedrigung der Menschen hin zur Freiheit eröffnen.

Doch welche Strategie sollen militante Kämpfer verfolgen? Bei Zweigstellen der Citibank Fensterscheiben zerschlagen oder Sitzblockaden bei Opel-Bochum mögen Dampf ablassen, aber dies richtet sich gegen jegliche Perspektive, für Mumi- as Freiheit die Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung auf die Straße zu bringen. Noch schlimmer war der Brandanschlag auf einen Service-Wagen von United Parcel, wo viele schwarze Amerikaner arbeiten, die sich mit Mumia und seinem Kampf identifizieren. Dies war ein Akt des *reaktionären* Antiamerikanismus, der die Opfer mit den Tätern der staatlichen Unterdrückung gleichsetzt.

Mumi- as Kampf gegen rassistische Polizeiunterdrückung in den USA hat Immigranten und Jugendliche in Deutschland dazu inspiriert, für seine Freiheit einzutreten. Sie und ihre Familien sind mit Polizeischikanen, Brutalität und Abschiebungen konfrontiert. In einer skandalösen Nacht- und-Nebel-Aktion am 12./13. September wurden sieben sudanesishe Asylbewerber nach einem zweiwöchigen Hungerstreik vom Frankfurter Flughafen in den Sudan abgeschoben. Im August griffen Bullen hungerstreikende Kurden in Frankfurt mit Wasserwerfern an, in Berlin wurden die Kurden in einem Gewaltmarsch vom Breitscheidplatz vertrieben, was Gülnaz Baghistani tötete.

Dies ist der Staatsterror, der in Deutschland auf die Einschüchterung der gesamten Arbeiterklasse abzielt. Und die SPD-DGB-Führung ermutigt dies noch weiter, indem sie die Arbeiteraktionen von innen her erdrosselt. Mumi- as Kampf hat viele Gewerkschafter in Deutschland bewegt. Aber hier wird der Kampf um Gewerkschaftsaktionen für Jamals Freiheit und gegen den Staatsterror notwendigerweise durch die Tatsache unterminiert, daß die Bullen im DGB selbst vertreten sind. Polizei raus der Gewerkschaftsbewegung! Die Arbeiterbewegung, in deren Reihen Hunderttausende eingewanderte Arbeiter stehen, würde durch Mobilisierungen für Mumi- as Freiheit ihre eigenen Kräfte zur Verteidigung der Rechte aller Arbeiter stärken. Die Arbeiterbewegung braucht eine revolutionäre Partei, die wirklich Tribun aller Unterdrückten ist. Ihre Aufgabe wird es sein, die tausend Fäden der Klassenkollaboration zu zerreißen, mit der die Sozialdemokratie die Arbeiter an die Bosse und den Staat fesselt. Nur durch die Errichtung der Klassenherrschaft der Arbeiter kann das rassistische, kapitalistische System ein für allemal beseitigt werden.

Weitet die Kampagne aus – Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! ■

Schließt euch der Kampagne an!

Die internationale Protestkampagne hat Mumi- as Hinrichtung vorerst verhindert. Aber mit Sabos Ablehnung eines neuen Verfahrens ist Mumi- as Leben wieder akut bedroht. Daher müssen wir unsere Anstrengungen jetzt verdoppeln. Es geht nicht nur darum, eine Hinrichtung zu stoppen, sondern alle zu verhindern!

Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in Stadtteilorganisationen. Schickt Protestbriefe an Pennsylvanias Gouverneur Tom Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.

Schreibt Jamal, um eure Solidarität zu zeigen: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 1040 E. Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370-8090, USA.

Spendet großzügig für Jamals Rechtsverteidigung! Geld wird für den Kampf um Jamals Leben dringend

gebraucht. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“! Spenden, die mit „Jamal“ gekennzeichnet sind, werden vollständig an das Committee to Save Mumia Abu-Jamal geschickt, das von Jamals Rechtsanwälten zu diesem Zweck initiiert wurde.

Erhältlich vom Komitee für soziale Verteidigung: Protest-Petitionen an Gouverneur Ridge, Stapel des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal!“, DIN-A2-Plakate (DM 5,-), das Video des PDC zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal“ (25 Minuten, ebenfalls erhältlich von: Kampagne Abu Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 15 03 23, 28093 Bremen).

Kontakt: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. Telefon: (0 30) 4 43 94 01.

SPARTAKIST

Lynchrichter Sabo lehnt neues Verfahren ab Freiheit für Mumia jetzt!



Jubel brach am 7. August in einem Gerichtssaal in Philadelphia aus, als Richter Sabo erklärte, daß die für den 17. August geplante Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal aufgeschoben wird. Dieser Richterspruch fiel mitten in einer Schlacht, die Mumia und seine Rechtsanwälte führen, um die verlogene Verurteilung wegen der Erschießung des Polizisten Faulkner 1981 rückgängig zu machen. Mumia ist konfrontiert mit einem Komplott der Polizei von Philadelphia, einer Staatsanwältin, die fanatisch davon besessen ist, so oft sie kann die Todesstrafe anzuwenden, und des Richters Sabo – des Vorsitzenden bei Mumias „Prozeß“ 1982 –, der mehr Menschen in die Todeszelle geschickt hat als jeder andere Richter in den USA. Sie wollen seine leidenschaftliche Stimme, die er auf der Seite der Unterdrückten einsetzt, für immer zum Schweigen bringen. Mumia Abu-Jamal ist ein unschuldiger Mann und hätte nie einen Tag hinter Gittern verbringen dürfen.

Es war deshalb entsetzlich, wenn auch zu erwarten, daß der „Henker-Richter“ Sabo nach einer achtwöchigen Anhörung zum Wiederaufnahmeverfahren am 15. September die Petition für einen neuen Prozeß ablehnte. Jamals Anwälte hatten eine 91seitige Eingabe eingereicht, die mit Aussagen und dokumentierten Beweisen detailliert aufzeigt, daß Jamal, ein ehemaliger Führer der Black Panther und Unterstützer der MOVE-Gemeinschaft, das Opfer einer rassistischen, fingierten Anklage war. Mit Sabos Entscheidung stehen Jamals Anwälte vor der Berufung beim Landesgerichtshof Pennsylvanias und beim US-Bundesgerichtshof.

In den letzten Monaten hat Jamal massive Unterstützung für seinen Kampf gegen die rassistische Todesstrafe erhalten. Sein machtvolleres Buch *Live from Death Row*, das jetzt in der sechsten englischsprachigen Auflage vorliegt, wurde ins Deutsche übersetzt. Hunderttausende fordern seine Freiheit. Wie Rachel Wolkenstein, Rechtsanwältin des

Partisan Defense Committee (PDC), Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), und eine von Mumias Verteidigern, am 7. August sagte: „Es ist absolut klar, daß es ohne die internationale Unterstützung, die aus allen Richtungen gekommen ist, von Gewerkschaftern, Bürgerrechtlern, Autoren, Schriftstellern und Studenten, nicht möglich gewesen wäre, daß der Aufschub der Hinrichtung gewährt wurde.“

Amerikas kapitalistische Herrscher sind sichtbar verblüfft von dem Ausmaß der Proteste, die international breite Teile der Arbeiterbewegung umfassen und sogar führende kapitalistische Politiker anderer Länder. Der Anblick von Tausenden, die gegen Amerikas rassistisches „Justiz“-System demonstrieren, kommt besonders ungelegen, da sich Clintons Weißes Haus im Schulterschuß mit dem von Republikanern dominierten Kongreß gerade anschickt, Polizeikompetenzen auszuweiten und Hinrichtungen zu beschleunigen.

Die Bourgeoisie versucht jetzt, die Protestbewegung zu entschärfen. Jamal warnte vor dieser Gefahr und schrieb in seiner Kolumne „Der Aufschub“:

„Der Bundesstaat Pennsylvania hat noch immer die volle Absicht, mich umzubringen – nur nicht gerade jetzt.

So ist der Aufschub ein begrenzter Sieg, nicht nur für die Jamals und die Africas, sondern für Tausende und Zehntausende Menschen von jedem Winkel des Planeten...

Während viele Radikale und Progressive auf die Nachricht des Aufschubs hin ihre Freude ausdrückten, betrachteten andere politische Kommentatoren ihn als einen cleveren Schachzug eines cleveren Richters, der tat, was höhere Gerichte getan hätten, und dadurch einer wachsenden und militanten Bewegung gegen die Todesstrafe, in Philadelphia und darüber hinaus, die Schärfe zu nehmen versuchte und so eine Reihe von

Fortgesetzt auf Seite 29

Keine Gerechtigkeit in kapitalistischen Gerichten